

Ulrich Otto (1996)

in: Schweppe, C. (Hg.):

Soziale Altenarbeit. Pädagogische Arbeitsansätze und die Gestaltung von Lebensentwürfen im Alter.

Weinheim und München 1996, S. 133-166

Gemeinschaftliches Wohnen mit Älteren. Senioren-genossenschaften als geeignete Projekt- schmiede?

Der Umbruch jedenfalls ist länger schon in Gang. Altenpolitik ist keineswegs nur noch Altenhilfepolitik und ist mit den drei Kategorien stationär, ambulant und offen nicht mehr angemessen zu erfassen. Auf Länderebene ist allerdings der Umorientierungsprozeß hin zu einer modernen und differenzierten "Landschaft" der Altenarbeit, die der Vielgestaltigkeit des Alters und Alterns Rechnung trägt, sehr unterschiedlich weit entwickelt. Dies hat auch mit dem Stand der entsprechenden Landespolitik zu tun. In mancher Hinsicht scheint hier Baden-Württemberg eine Vorreiterrolle eingenommen zu haben, deren Beginn in Zusammenhang mit zwei Untersuchungsberichten gebracht werden muß: einerseits dem Bericht der Kommission "Altern als Chance und Herausforderung" (1988), andererseits dem Bericht und Antrag des Untersuchungsausschusses "Menschenwürde und Selbstbestimmung im Alter" (Landtag BaWü 1990). In dieser Zeit wurde zugleich unter der Ägide der damaligen christdemokratischen Landesregierung das Konzept der Senioren-genossenschaften entworfen. Pointiert gesagt ging es darum, den Selbsthilfegedanken aus seiner einerseits privatistischen, andererseits gesundheitsbezogenen Nische zu befreien, offensiv zu propagieren und auszuprobieren.¹

¹

Für wichtige Hinweise danke ich Martin Link.

1. Seniorengenossenschaften. Grundsätze und Programmatik

1.1 Was und wer soll erreicht werden? Konturen des Modellprogramms und seiner Projektorte

Vorbereitet wird die Projektarbeit durch eine interministerielle Arbeitsgruppe. Ihre Konzeptionspapiere sind ebenso wie Schriftsätze einzelner ihrer Mitglieder die wichtigsten Hinweise dafür, *Ziele* zu rekonstruieren (vgl. dazu ausführlich Otto 1995, 18ff.). Der öffentlichen Ausschreibung im Herbst 1990 folgt die Auswahl von 10 Projektorten, die Anfang 1991 mit ihrer Arbeit beginnen.

Als *Zielgruppe* wurde von der Ausschreibung vorgegeben, daß die Seniorengenossenschaft "sich bei Mitgliedern und DienstleistungsnutzerInnen überwiegend aus älteren Menschen zusammensetzt" (Ausschreibung 1991, 6). Inzwischen wird der Altersbezug sowohl von offizieller Seite als auch seitens der beteiligten Initiativen weiter in den Hintergrund gedrängt - wenn überhaupt werden hier als Anhaltspunkte Altersmargen bei den ab 50- oder 55jährigen angesetzt. Ermutigt hat dazu auch die empirische Erfahrung. Die Zusammensetzung der Mitglieder aller Seniorengenossenschaften weist zwar auf eine hohe Betroffenheit der Zielgruppe der Älteren und Alten hin, der beachtliche Anteil in der anderen Hälfte der Erwachsenenalter signalisiert aber zugleich die Mobilisierbarkeit eines erfreulichen Potentials Jüngerer, die die Gestaltung positiver und solidarischer Möglichkeiten des Älterwerdens als Gemeinschaftsherausforderung betrachten.² Konsequenterweise wird in einem Positionspapier des Sozialministeriums zur Weiterentwicklung der "Geschäftsstelle Seniorengenossenschaften" vom 4.7.1994 formuliert: "An Stelle der Konzentration auf die Zielgruppe 3. Lebensalter tritt die Orientierung auf problem- und generationsübergreifende Beispiele freiwilligen bürgerschaftlichen Handelns, weil dies den Wünschen der Zielgruppe älterer BürgerInnen entspricht" (zit. nach MAGS 1994, 85).

² Auf der Basis einer Totalerhebung im September 1991 bei allen Mitgliedern läßt sich feststellen, daß recht genau die Hälfte der Befragten unter 65 Jahren alt, die andere Hälfte 65 und älter ist. Immerhin ca. ein Viertel ist jünger als 55, das älteste Viertel der Mitgliedschaft ist 73 Jahre und älter, die Hälfte der Antwortenden verteilt sich also auf die 55- bis 72jährigen. Fällt bei den Männern das größere Gewicht bei den 35- bis 54jährigen auf, so bei den Frauen die hohe Konzentration bei den 60- bis 74jährigen. Es verbergen sich allerdings hinter dem Gesamtdurchschnitt beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Orten. Zur Untersuchung vgl. Otto (1992a).

Die eigens im Ministerium zunächst zur Implementation eingerichtete *Geschäftsstelle* ist Hauptinstrument bei der Modellförderung durch das Land. Ihr wurden ähnliche Aufgaben wie einer übergeordneten Kontakt- und Informationsstelle zugedacht zuzüglich der "Transmissionsriemenfunktion" in die Politik. Ihre Schwerpunkte bestehen nur zum kleineren Teil aus der Verwaltung der Fördermittel, wichtiger wurden Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, Fortbildungsorganisation, übergangsweise Dachverbandsfunktion.

Der *institutionelle Rahmen* für die Projekte vor Ort wurde ursprünglich eher mit dem Fluchtpunkt einer eingetragenen Genossenschaft beschrieben, in der tatsächlichen Umsetzung dagegen handelt es sich bei fast allen Initiativen um eingetragene gemeinnützige Vereine. Nur vereinzelt wird selbst diese Regulierungsform als zu einengend, formalistisch und kräftebindend abgelehnt. Davon unabhängig bestand neben dem nach innen gerichteten und sozusagen exklusiven Aspekt der bedarfswirtschaftlichen Mitgliederförderung immer der Anspruch, auch nach außen zu wirken: Im Sinne einer Qualitätsverbesserung des herkömmlichen Dienstleistungsangebots und einer differenzierten Modernisierung des Alters.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten bezieht sich bislang auf das Feld unterschiedlicher *sozialer Dienstleistungen*. Deren *Spektrum* ist sowohl zwischen den Initiativen als auch innerhalb derselben mittlerweile weit aufgefächert. Es reicht von Besuchsdiensten bis zu rehabilitationsorientierten ganzheitlich ausgerichteten Hilfen in der Krankenhausnachsorge, von stationär-generationsübergreifenden über fahrbare Mittagstische bis zur Initiierung einer teilberuflichen Tagespflegeeinrichtung und der bürgerschaftlichen Mitarbeit darin, es werden Haushaltshilfen ebenso wie Beratungs- oder Handwerksdienste angeboten.³ Bei den personellen Ressourcen für die Vereinsarbeit wie für die konkreten Dienstleistungen wird bislang zuallererst auf freiwillige, nicht erwerbsbezogene Mitarbeit gebaut. Aber es gibt auch erste Ansätze einer Teilverberuflichung in unterschiedlichen Formen.

³ Vgl. den vom Ministerium regelmäßig herausgegebenen "Infodienst" (inzwischen: "Bürger engagiert"), mehrere Kapitel in MAGS (1994) sowie Otto (1995, 43ff, 137ff).

1.2 Vorgaben, Spielräume, Interpretationen

Was für die Rechtsform gilt, läßt sich auch für fast alle anderen Bereiche der senioren-genossenschaftlichen Konzeption feststellen: Sie schreibt weniger "harte" Umrisse, Institutionalisierungsmerkmale oder Pflichtaufgaben und -leistungen vor, als daß programmatisch Leitziele formuliert werden, deren Umsetzung großen Spielraum läßt. Natürlich wurden handfeste Strukturen und Mindestbereitschaften (partizipationsoffene Institutionalisierung, Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Begleitung, offene Informationspolitik usw.) gefordert. Dazu gehört auch die Idee des "Zeittausches", die die Gemüter bei Publikum und den Beteiligten so stark beschäftigte, daß sie in der öffentlichen Diskussion geradezu zu *dem* Kennzeichen der Senioren-genossenschaften geriet: Ein neues Tauschmedium - die Zeitgutschrift - sollte denjenigen (Älteren), die sich für andere (noch Ältere) einsetzen, ermöglichen, einen "Anspruch" auf Gegenleistung zu erwerben. Dieser kann sofort eingelöst oder aber angespart werden und kann auch von Dritten erbracht werden, die damit wiederum zeitäquivalente Rückerstattungen erwarten können.

Aufschlußreicher und das Selbstverständnis prägender aber sind beispielsweise die Schlüsselbegriffe, wie sie aus dem Selbstvergewisserungspapier "Leitgedanken der Senioren-genossenschaften" entnommen werden können: "soziales Engagement voranbringen", "Verantwortung für eine eigenständige Lebensweise und die Teilhabe in der Gesellschaft übernehmen", "das Älterwerden aufwerten, Mut, Lust und Kreativität fördern und die Geschäfte selbst in die Hand nehmen". "Neues anzufangen, Erfahrungen zu pflegen, gegenseitigen Austausch zu organisieren, unsere Zeit einzubringen und zu tauschen und die Generationen zusammenzubringen" seien die Ziele der Arbeit. Zusammenfassend gehe es darum, "Menschen Perspektiven aufzuzeigen, was sie selbstbewußt und gemeinschaftlich tun können" (Leitgedanken 1993).

In einer ersten Annäherung läßt sich zusammenfassen, daß ausgehend von einer bereits offensiven Selbsthilfekonzeption mit zunächst stärker genossenschaftlichen Akzenten i.e.S. - u.a. bedarfswirtschaftliche Mitgliederförderung einschließlich ökonomischer Aktivitäten - im Verlaufe der vierjährigen Projektphase ein umfassenderes Konzept "bürgerchaftlichen Engagements" angelegt wurde.⁴ Den Senioren-genossenschaften wird dabei eine Mediationsfunktion zugewiesen. Sie "bilden verbindliche, aber noch steuerbare und überschaubare Organisationsformen. Sie halten Handlungsmotivationen der Älteren

⁴ Entsprechend wurde die Geschäftsstelle zwischenzeitlich umbenannt in "Geschäftsstelle Bürgerchaftliches Engagement und Senioren-genossenschaften".

wach und aufrecht. Sie reduzieren die Komplexität unüberschaubarer Hilfesysteme" (Hummel 1991, 23). In vielen Facetten scheinen - noch durchaus disparate - Versuche auf, eine "Modernisierung wohlfahrtsstaatlicher Subsidiarität" zu entwickeln, den Selbsthilfeanspruch also mit neuen Verknüpfungen zum Markt- und Sozialstaatssektor zu verbinden.

Indem durch die Mega-Programmformel der Bürgergesellschaft als perspektivischem Fluchtpunkt die Faßbarkeit noch weiter schwindet, erscheint es umso sinnvoller, bezogen auf das Gesamtprogramm Seniorengenossenschaften nochmals sowohl die hauptsächlichen Wirkungsebenen als auch die Teildiskurse des öffentlichen Interesses auseinanderzuhalten. Worum also geht es? Gerade angedeutet wurde ein *erster* Strang jener 7 Fragen, die im Kontext des Modellprogramms von besonderem Interesse sind: Die Debatte über den Umbau des Sozialstaats und die Neubalancierung des Wohlfahrts-Mix. Hinzu kommen folgende vielfach miteinander zusammenhängende Aspekte:

Zweitens die Dienstleistungs- oder Transaktionsfrage: Was wird geleistet bzw. getauscht, technokratisch formuliert: wieviel und welche Hilfe wird für wen produziert? *Drittens* die Freiwilligenfrage: Wer läßt sich durch das spezifische Arrangement zu aktiver Mitarbeit gewinnen bzw. inwiefern gelingt es, die vielbeschworenen unausgeschöpften Potentiale helfender Hände zu mobilisieren? *Viertens* der Spezialaspekt: Welchen Stellenwert könnte freiwillige Mitarbeit auch im Pflegebereich annehmen?

Fünftens die Ehrenamtsdebatte: In welcher Weise verändert sich das Gefüge unterschiedlicher, sowohl nebeneinander bestehender wie in komplementärer Wechselbeziehung stehender "Bedarfsausgleichssysteme", insbesondere: Was passiert mit dem hergebrachten ehrenamtlichen Engagement? *Sechstens* die Medien- und Incentivedebatte: Welche Wirkungen hat die Einschaltung von Steuerungsmedien in den sensiblen Bereich "freiwilliger", "informeller" Arbeit, insbesondere: Gibt es kontraproduktive Effekte der "Formalisierung des informellen Sektors" (Berger/Offe), wie sie u.a. die "Zeitgutschrift" des Modellprogramms darstellt? *Siebtens* die Selbsthilfedebatte: Inwiefern läßt sich von Selbsthilfe sprechen, inwiefern ist dieser Begriff angesichts der neuen Initiativen noch angemessen bzw. wie wäre er neu zu fassen?

2. Gemeinschaftliche Wohnprojekte als Selbsthilfeprozess organisieren

Schon in den frühen Vorüberlegungen zu Seniorengenossenschaften wurde gedanklich nicht zuletzt an die Tradition der Genossenschaften im Wohnsektor angeknüpft. Einige der Modellprojekte widmen sich denn auch ausschließlich wohnbezogenen Aufgaben, andere sehen die Integration von Wohnbau oder wohnungsbezogenen Stadtentwicklungsaufgaben in ihren Programmen vor. Aus der erstgenannten Kategorie soll ein Projekt vorgestellt werden. Auf den ersten Blick scheint es zwar nicht unbedingt typisch für die Initiativen - weder wird in erster Linie sozial geholfen, noch werden Stunden notiert. Es empfiehlt sich aber umso mehr, als es bislang anderweitig nicht systematisch beschrieben wurde, als es die Offenheit des Modellprogramms vom Rand her aufzeigt und gerade darin deutlich seine - typischen - Entwicklungspotentiale und Konturen widerspiegelt und als es in besonderer Weise an frühe programmatische Entwürfe umfassend konzipierter, auch wirtschaftlich tätiger Seniorengenossenschaften anknüpft, die Schwerpunkte dann im Entwicklungsverlauf aber deutlich verschiebt. Die oben genannten Fragen werden indes alle in spezifischer Form berührt. Bei dreien läßt sich das schon vorweg andeuten: "Ehrenamt" im hergebrachten Sinne kommt hier praktisch nicht vor, geht es doch bisher im Kern um die Realisierung zunehmend selbstbewußter Eigeninteressen. Die spannende Frage lautet also eher, ob aus einem bislang notwendig *selbsthilfegruppen*-zentrierten Geschehen eine breiter bürgerschaftlich orientierte Bewegung entstehen kann, die von individueller kreativer Suchbewegung ebenso geprägt ist wie von nach außen gerichtetem Engagement.

2.1 Die Ausgangslage

2.1.1 Suchbewegungen in Politik und Öffentlichkeit

Insofern Wohnen Älterer heute öffentliches Thema mehr denn je ist, ist auch hier nach dem Spezifikum der senioren-genossenschaftlichen Aktivitäten in diesem Feld zu fragen. Der Bund spricht über Förderprogramme und experimentiert im Städtebau, die Länder bauen das betreute Wohnen (vgl. BMFuS 1994) und die wohnortnahe Versorgung aus, auf Kreis- und städtischer Ebene und von Verbänden wird immer mehr die Wohnberatung bisweilen zusätzlich Umzugsberatung (incl. entsprechender Zuschüsse) aufgegriffen, ArchitektInnen entdecken das Thema als lukratives oder als sozial gebotenes und qualifizieren sich einschlägig, Bausparkassen und -gesellschaften entdecken das Mehrgenerationenwohnen immer neu, Kommunen und freie Träger fangen an, beim Heimbau umzudenken. Es entstehen Vorzeigeprojekte mit wichtigen innovativen Elementen - vom ExWoSt-Programm⁵ über integriertes Wohnen (vgl. Brech u.a. 1993) und Alten- WGs bis zu internationalen Projekten (vgl. Boligtrivsel i Centrum 1994) usw. Initiativen von oben erhalten Nahrung, Wünsche von unten gleichermaßen. Die Älteren und künftigen Älteren beschäftigt es sowieso. Manche aber auch noch nicht oder zu spät.⁶ Daneben existiert eine lebendige Szene vielgestaltiger gemeinschaftlicher Wohnprojekte, deren Wurzeln eher in der Ökologie- und Alternativbewegung liegen (vgl. z.B. Kuthe/Mermagen/Schepers 1993), deren Erfahrungen aber im SeniorInnen-Diskurs viel zu wenig genutzt werden. Schließlich sollten etwa die Erfahrungen im Themenkomplex Selbsthilfeinitiativen in der Stadterneuerung und ihre Unterstützung durch intermediäre Organisationen nicht außer acht gelassen werden.⁷

Die explizit auf Ältere bezogenen Aktivitäten konzentrieren sich weiterhin auf Sonderwohnformen, auf die Wohnung als Faktor im Leben Hilfebedürftiger, auf technische Hilfen.⁸ All diese Elemente sind wichtig. In dieser eifrigen arbeitsteiligen Erledigung des Themas kommen indes viele Bedürfnisse nicht zur Entfaltung und viele Entwicklungen nicht in

⁵ Zum Forschungsfeld "Ältere Menschen und ihr Wohnquartier" vgl. die "ExWoSt-Informationen". Der Endbericht wird vom BMBau derzeit vorbereitet.

⁶ Interessanterweise kommen z.B. im neuen Bundesmodellprogramm Seniorenbüro nur ca. 1% der unterstützten Gruppen aus dem Engagementbereich Wohnen bzw. Wohnumfeldverbesserung. Vgl. Claussen/Sommer/Thomas (1994, 94).

⁷ Vgl. z.B. die 6-Länder-Untersuchung, über die Selle (1991) einen Überblick gibt.

⁸ Ausnahmen sind dokumentiert in Forum (1993), Bura/Kayser (1992) sowie Brasse/Klingeisen/Schirmer (1992).

Gang, zugleich bleiben viele Kompetenzen und Ressourcen ungenutzt. Sie sind mit Bezug auf Wohnalternativen vielfältig vorhanden, müssen aber organisiert werden.

2.1.2 Persönliche Suchbewegungen: Wünsche nach gemeinschaftlichen Wohnalternativen

Dies wird besonders deutlich, wenn man sich auf die Vielgestaltigkeit der Wünsche gerade von Menschen in der zweiten Lebenshälfte einläßt und ihnen genau zuhört, was einer Verwirklichung im Wege steht. Bezeichnende Wünsche wie auch Hindernisse sollen mit Beispielen aus der Erfahrung des Paritätischen Bildungswerks Baden-Württemberg illustriert werden, das - wohl nicht zufällig - als Bildungsarbeit diese Bedürfnisse vermutlich stärker anzieht und deutlicher sichtbar werden läßt als beispielsweise Wohnberatungsstellen oder Architekturbüros. Etwas vereinfacht lassen sich vier große Motivationsstränge auseinanderhalten:

Menschen auf Wohnungssuche: Sie sehen in den Überlegungen zum gemeinschaftlichen Wohnen eine Chance, schnell und teilweise preiswert eine bessere Wohnsituation zu erreichen. Obwohl diese den Gedanken über gemeinschaftliches Handeln und gegenseitige Hilfeleistung positiv gegenüber stehen, scheinen sie häufig eher an der fertigen Lösung als an dem mühsamen Entwickeln von Konzepten interessiert. Bei dieser Gruppe stehen zumeist praktische Wohnungssorgen im Vordergrund - von der Kündigung über das zu anstrengend, zu groß oder unpraktisch gewordene Haus oder Mängel in der Altersgerechtigkeit bis hin zu Wohnumfeldwünschen.

Menschen auf der Suche nach einer gemeinschaftsorientierten Gestaltungsperspektive: Im Vordergrund steht bei diesen, Gleichgesinnte kennenzulernen. Es sind Menschen, die auch ein interessantes Zusammenleben mit anderen suchen, Bereicherung durch die Gemeinschaft, ggf. auch verlässliche PartnerInnenschaft, ohne die eigene Individualität und ohne Rückzugsmöglichkeiten ins Private aufgeben zu wollen. Es sind Menschen unterschiedlichen Alters auf der Suche nach neuen Formen des Wohnens und Zusammenlebens. Viele beklagen die Vereinzelung, vermissen tragfähige familiäre oder nachbarschaftliche, kommunikative und soziale Netze, vermissen besonders auch das lebendige Miteinander der Generationen. Hier kommt in erster Linie der Wunsch nach einer bewußten Gestaltung eines neuen Lebensabschnitts zum Vorschein.

Menschen, die sich eine Hilfperspektive sichern wollen: Oft bestimmt das Schreckgespenst der Pflegebedürftigkeit und damit einhergehend

Hilflosigkeit und Verlust der Selbständigkeit die Motivation, nach Alternativen zu suchen - Alternativen eben auch zu den institutionalisierten Formen des Wohnens wie Altenheim und Pflegeheim. Viele der Interessierten haben die Not der Pflege selbst am Beispiel ihrer eigenen Eltern erfahren. Aber auch vorher schon scheinen Unterstützung im Krankheitsfall oder Hilfen im Haushalt durch andere MitbewohnerInnen eine wichtige Wunschvorstellung zu sein. Um das gemeinschaftliche Miteinanderleben nicht zu überfordern, wird dennoch in manchen Fällen schon früh über mögliche Hilfen von außen nachgedacht (vgl. Forum 1993, 152ff.).

Menschen auf der Suche nach einer gesellschaftspolitischen Perspektive: Sie wollen der Vereinzelung in der Gesellschaft entgegenwirken, nicht nur für sich eine private Nische suchen. Sie erwarten nicht, daß der Staat alle Belange regeln kann, sie wollen Dinge selbst in die Hand nehmen. Sie wollen durch gegenseitige Hilfe Pflegeheime vermeiden helfen und insgesamt dadurch staatliche Haushalte entlasten. Und häufig wollen sie die Möglichkeiten für eine ökologische Lebensweise schaffen: durch ökologisches Bauen und Wohnen, durch sorgsameren Umgang mit dem knappen Gut Siedlungsfläche und Wohnraum (der gemeinschaftlich verbrauchte Wohnraum ist geringer, z.T. von einzelnen Personen bewohnte große Wohnungen oder Häuser werden frei usw.) oder bewußtere, teils gemeinschaftliche Nutzung von Verkehrsmitteln und ggf. anderen Konsumgütern.

Die Motivationen, sich gerade im Dritten oder Vierten Lebensalter wohnmäßig nochmals neu zu orientieren, sind also ganz unterschiedlicher Natur. Sie brechen auch jenseits starrer Altersgrenzen (wie z.B. Kündigungen oder Wohnungsmängel) auf, weshalb wir hier das Wohnen Älterer nur insoweit zum Ausgangspunkt nehmen, als gerade in der späteren Lebensphase eben sehr häufig wohnrelevante - befreiende wie belastende - Entwicklungen stattfinden. Wenn in der Umgangsweise mit alternativen Wohnprojekten altersspezifische Unterschiedlichkeiten bestehen sollten (vgl. Narr 1993), so bestehen sie nach der Erfahrung des Bildungswerks in der Perspektive auf Sicherheit einerseits, Unabhängigkeit andererseits. So scheint gerade Ältere die Vorstellung besonders zu erschrecken, daß das einmal eingegangene Wagnis der Projektbeteiligung nach wenigen Monaten schon wieder scheitern könnte und nochmals eine Neuorientierung erfordern würde. Deshalb hängt viel davon ab, Wohnprojekte möglichst nicht als unumkehrbare Schicksalsentscheidung auszugestalten.

Alle genannten Interessenlagen verbinden sich zu höchst unterschiedlichen Motivationsclustern und machen die Breite des Spektrums deutlich: So gehen die Zeithorizonte ebensoweit auseinander wie die Ambitionen, die Sache auch öffentlich-politisch zu vertreten oder die Wünsche, die eigene Lebensperspektive explizit mit einem Gruppenprozeß zu verbinden.

Wie schwierig es ist, die Wünsche, die mit gemeinschaftlichem Wohnen verbunden sind, zu "organisieren", läßt sich deutlich an jenen Projekten im Großraum Stuttgart ablesen, die als gescheiterte den Grundstein für die hier dokumentierte Initiative darstellten: Eine ältere Dame hatte schon mehrere Anläufe unternommen, um zu einer verlässlichen Gruppe zu kommen, mit der sie ihre Wohnidee verwirklichen konnte. Über Zeitungsannonce hatten sich anfänglich auch eine ganze Menge gemeldet, es gab viele Treffen, gemeinsame Urlaube usw., aber je konkreter die Angelegenheit wurde, umso mehr sprangen wieder ab. Am Schluß stand sie wieder alleine, um Erfahrungen reicher, um Illusionen ärmer.

Ein älteres Ehepaar pflegte schon viele Jahre den Kontakt zu anderen Ehepaaren und Alleinstehenden ihrer Altersgruppe. Eine intensive Freundschaft hatte sich entwickelt. Gemeinsame Wochenenden in einem gemeinsamen Ferienhaus und andere gemeinsame Unternehmungen unterschiedlichster Art hatten die Idee reifen lassen, ein gemeinsames Wohnprojekt anzusteuern. Ein Konzept wurde erarbeitet, Pläne geschmiedet, ein geeignetes Grundstück war bereits gefunden; die Idee stand kurz vor der Verwirklichung. Zur allergrößten Enttäuschung des Initiators bekamen die FreundInnen dann Angst vor der eigenen Courage und ließen die Sache platzen. Das Projekt hatte zur Voraussetzung, daß vorhandenes Wohneigentum hätte aufgegeben werden müssen; die Angst, daß das Projekt scheitern könnte und keine Sicherheit im Hintergrund vorhanden war, hatte den Ausschlag für die Rückzüge gegeben. Das dritte Projekt scheiterte daran, daß die gute Idee eines Dreigenerationen-Wohnhauses und die Möglichkeit, in einem kleinen Dorf ohne jede Infrastruktur günstig ein Haus dafür zu bekommen, keine Interessierten hat mobilisieren können. Die kleine Initiativgruppe sah sich überfordert mit den großen Schwierigkeiten, selbst die notwendige Infrastruktur zu entwickeln, Mobilitätsmöglichkeiten zu schaffen usw.

Die existierende arbeitsteilige Bearbeitung der vielen Herausforderungen, wie sie sich rund um die Entwicklung eines Wohnprojektes stellen, funktioniert in offensichtlicher Weise normierend. Sie ist zugeschnitten auf privates Einzelwohnen - jedenfalls dann, wenn Sonderwohnformen nicht infrage kommen. Solche Normierungen - und das heißt für Wohnalternativprojekte zumeist: Entmutigungen - kommen durch explizite Aktivität und die indirekte Wirkung von Strukturen zustande, Strukturen des gegebenen Welfare mix, der Zuständigkeitsabgrenzungen, der Finanzierungsregelungen oder der Förderrichtlinien.

2.2 Das Thema entwickeln und Projektarbeit organisieren

2.2.1 Erste Ansätze: Ein offenes Forum

Diese und ähnliche Erfahrungen machten deutlich, daß gemeinschaftliche Wohnprojekte über privates Engagement hinaus ein öffentliches Forum brauchen, daß ein langwieriger Diskussions- und Durchsetzungsprozeß bei den Interessierten, aber auch in der Öffentlichkeit notwendig ist, um die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen solche Projekte gelingen können. Daß sie gelingen können, zeigten vielfache verwirklichte Projekte in den nördlichen Bundesländern und im europäischen Ausland.

1989 wurde beim Paritätischen Bildungswerk in Stuttgart ein offenes Forum ins Leben gerufen mit der Vorstellung, daß Menschen, die sich Gedanken über ihre Wohn- und Lebensform machen aus der Vereinzelung heraustreten und ihre Vorstellungen, Ideen und Wünsche gemeinsam mit anderen entwickeln können. Es sollte die Chance genutzt werden, über die mit vielen Risiken behafteten Nischenlösungen hinaus eine breite Diskussion mit Ideenproduktion und Konzeptionsentwicklung entstehen zu lassen. Es fanden regelmäßige Treffen mit einer Vielzahl von Interessierten statt, und es war schnell deutlich, daß die gemeinsame abstrakte Idee gemeinschaftlichen Wohnens, die alle Interessierten verband, noch keine tragfähige Basis für die Realisierung von konkreten Projekten war. Die Erkenntnis war, die auch von verwirklichten Projekten bestätigt wurde, daß vor dem Ziel des gemeinsamen Wohnens ein langwieriger Prozeß steht.

Eine Kerngruppe entwickelte gemeinsame Grundsätze, eine gemeinsame Philosophie. BürgerInnen verschiedener Altersgruppen und Berufe mit unterschiedlichem familiärem Hintergrund (Familien, Singles, Alleinerziehende) aus dem Großraum Stuttgart wollen in wahlverwandtschaftlicher Gemeinschaft wohnen und leben. Das Gebäude soll nach ökologischen Gesichtspunkten errichtet oder umgestaltet und Formen generationenübergreifenden Zusammenlebens erprobt werden. Gemeinsame Aktivitäten und gegenseitige Unterstützung sollen selbstverständlich sein. Die BewohnerInnen sollen je eine kleine abgeschlossene Wohnung für sich zur Verfügung haben, während Gemeinschaftsräume Möglichkeiten für Kommunikation und die unterschiedlichsten Aktivitäten schaffen. Von den Gemeinschaftseinrichtungen wird erwartet, daß sie die Kommunikation zwischen ProjektteilnehmerInnen und umgebender Wohnbevölkerung intensivieren.

Die Gruppe sieht in diesen Grundsätzen wichtige Lebenschancen und die Möglichkeit, den oben unterschiedenen Motivationsbündeln gerecht zu werden. Bei allem wird der Mehrgenerationenansatz betont (Alt und Jung leben wieder unter einem Dach, Austausch von Erfahrungen be-

reichert und gegenseitige Hilfe erleichtert das Zusammenleben, Kinder mit berufstätigen Eltern fühlen sich aufgehoben und bezüglich von Betreuung und Hausaufgabenhilfe usw. unterstützt in einer Gemeinschaft). Es wird erwartet, daß Mehrgenerationenwohnmodelle sowohl soziale Verbesserungen für die NutzerInnen als auch langfristig wirtschaftliche Vorteile für die WohnungseigentümerInnen/-vermieterInnen bringen.

2.2.2 Vereinsbildung und Einbindung ins Modellprogramm

Das offene Forum hatte zumindest einen zweifachen Zweck erfüllt. Zum einen wurde es von einer größeren Zahl Interessierter als Möglichkeit verstanden, für sich selber Klarheit zu erhalten, was für sie beim Wohnen wichtig ist. Die daraus resultierende Fluktuation war in der Regel eher so zu werten, daß die für diese Personengruppe nützliche Orientierungs- und Anregungsfunktion erfüllt worden war. Gleichzeitig und daneben hatte das Forum aber auch die Herausbildung der genannten Kerngruppe und deren Entwicklungsweg ermöglicht und befruchtet. Allerdings verlangte deren weitere Perspektive nun nach einem Rahmen, der größere Verbindlichkeit ermöglichte.

Folglich entstand aus dem offenen Forum in diesem Stadium ein Verein mit dem Namen "Wabe e.V. Gemeinschaftliche Lebens- und Wohnformen für jung und alt, für Einzelpersonen, Paare, Familien und Alleinerziehende". Die Vereinsziele bilden in wesentlichen Teilen die o.g. Vorstellungen der Kerngruppe ab. Ziel der Gründung war eine eigenständige Organisationsform, teilweise in Weiterentwicklung der Forumsmöglichkeiten, teilweise über diese hinausreichend. Unabhängigkeit von Verbänden stand ebenso obenan wie das Anliegen, als Verhandlungspartner von Baugesellschaften, Kommunen usw. akzeptiert zu werden und das Prinzip der Selbstverantwortlichkeit und Selbstorganisation anstelle enteignender ExpertInnenmodelle.

Etwa zeitgleich zu dieser Entwicklung wurde das Modellprogramm Seniorenengenossenschaften öffentlich ausgeschrieben. Für die *Wabe* schien es ein passender Gedanke, die beiden Stränge zu integrieren.⁹

⁹ "Das Ziel der Wohngenossenschaft ist es, einen Verbund von mehreren gemeinschaftlichen Wohnprojekten zu schaffen, in den unterschiedliche Leistungen eingebracht und abgerufen werden können und zwar sowohl innerhalb der Wohngruppen als auch zwischen den Gruppen. Die Vorteile: Die Genossenschaft für gemeinschaftliches Wohnen und Leben in Stuttgart könnte selbstorganisiertes, gemeinschaftliches Wohnen zu günstigen Bedingungen anbieten, in die man sowohl Kapital, als auch Arbeitsleistungen einbringen kann, je nach eigenen Möglichkeiten. Klärungs- und

Es waren insbesondere Elemente der Leitbilder sowie der grundsätzlicheren programmatischen Ausrichtung des Modellprogramms, die für die *Wabe* positive Anknüpfungspunkte zu bieten schienen: Im Genossenschaftsgedanken als interessanter Gestaltungsvariante für gemeinschaftliche Wohnprojekte ließen sich die Grundprinzipien der Selbstbestimmung und der Selbstverantwortung wiederfinden. Gegenseitige Hilfeleistung wurde nicht nur postuliert, sondern zugleich bot das Modellprogramm mit der Zeittauschidee Anregungen, wie der Austauschgedanke sinnvoll zu organisieren ist. So gab es insbesondere Anknüpfungspunkte für eine sinnvolle Regelung und adäquate Verrechnungsmodi für das Einbringen unterschiedlicher Leistungen (Kapital, Beratungsleistungen, bautechnische und handwerkliche Leistungen, Betreuungs- und Pflegeleistungen, Fahrdienste usw.).

Daneben gab es weitere eher pragmatische Überlegungen, die für eine Teilnahme am Seniorengenossenschaftsprogramm sprachen: von einer erwarteten Vergrößerung der Plattform durch gezielte Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit über den Rückenwind, der die TeilnehmerInnen an einem in der Öffentlichkeit vielbeachteten Ministeriumsmodell mitträgt bis hin zu dem ebenso damit assoziierten leichteren Zugang zu Behörden und ggf. Unternehmen, der Hoffnung auf politische Lobbyarbeit und der Erwartung finanzieller Unterstützung.

Der Genossenschaftsgedanke selbst war bei den Mitgliedern der *Wabe* von Anfang an positiv besetzt, kritisiert wurde jedoch seine im Modellprogramm enge Verbindung mit SeniorInnen. Obwohl die Mitglieder und InteressentInnen in der Mehrzahl ältere Menschen ab 50 waren, wollte man jegliche Identifikation mit der Altenhilfe und SeniorInnenaktivitäten vermeiden. So entsprach die explizit generationenübergreifende Konzeption nicht nur dem eigenen Selbstbild der Beteiligten sondern war zugleich ein Versuch, Jüngere nicht abzuschrecken bzw. überhaupt ansprechen zu können. Eine Mindestaltersgrenze oder auch nur eine mehrheitlich bewußte Ausrichtung auf Ältere wird explizit vermieden, eine Auseinandersetzung mit deren Belangen dagegen - und seien es nur potentielle - wird aktiv betrieben.

Ähnlich wie in anderen Seniorengenossenschaften schien die Zeit für eine Genossenschaftsgründung nicht reif. Statt dessen wurde in diesem Stadium der Verein als bekannte überschaubare Größe der komplizierten und mit vielen nicht erfüllbaren Ansprüchen behafteten Genossenschaft vorgezogen. Innerhalb des Vereins sollen sich Projekt-

Unterstützungsbedarf besteht hinsichtlich eines vernünftigen Regelsystems, wie Leistungen eingestuft und verrechnet werden können. Die Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle Seniorengenossenschaften wird angestrebt, um am Erfahrungsaustausch mit anderen Projekten teilzuhaben und um vorhandenes Wissen und Information für die Wohngenossenschaft zu nutzen" (Antrag zur Aufnahme ins Modellprogramm Seniorengenossenschaften, Nov. 1990).

gruppen bilden, die dann relativ eigenständig Wohnprojekte verwirklichen.

Zusammen mit einer anderen Initiative und der Baugenossenschaft Esslingen wurde die Wabe als eines von 10 Projekten in das Modellprogramm Seniorenengenossenschaften eingebunden (vgl. MAGS 1994, 133ff.).¹⁰ Für das Sozialministerium schien die doppelte Integration - als Projektverbund im Modellprogramm - aus verschiedenen Gründen interessant zu sein, schließlich sollte hier "Altenarbeit" nicht nur Gesellung und Hilfe darstellen, sondern umfassender Wohnen, Tätigsein und Begegnen integrieren, schließlich sollte das Programm auch in bestehende Träger "hineinwirken" und sollten auf möglichst vielen Feldern neue Verbundformen erprobt werden.

2.2.3 Zum Stand nach vier Jahren

Inzwischen sind über vier Jahre intensiver Arbeit verstrichen, deren Ergebnis zwar noch kein verwirklichtes Wohnprojekt aber zwei *Wabe*-Gruppen sind, deren zähes Ringen nun möglicherweise bald Erfolg hat. Beide Gruppen prüfen derzeit intensiv konkrete Bauplätze.¹¹ In beiden Fällen scheinen sich recht stabile Gruppen herauskristallisiert zu haben, deren Mitglieder durchweg bereits mindestens ein Jahr lang an der Vorbereitung beteiligt sind. Die heutige Zusammensetzung verweist natürlich auf einige Fluktuation einschließlich von Trennungen, die auch für viele andere Gruppierungen kennzeichnend sind (vgl. Petersen 1993, 11). Im Ergebnis ist die Generationenmischung wirklich erreicht, sind Familien mit und ohne Kinder - "vollständig" und "unvollständig" - ebenso beteiligt wie Paare und Alleinlebende, jeweils älter oder jünger. Und nicht erst jetzt erweist sich die Dauer und Zähigkeit des Prozesses für viele Beteiligte als Hauptproblem. In diesem Punkt scheint die Betroffenheit durchaus unterschiedlich gelagert zu sein, gerade jüngere Familien mit Kindern können oder wollen aufgrund ihrer Bedarfslage sich oft nicht so lange auf einen zeitlich derart unkalkulierbaren Ablauf einlassen.

¹⁰ Bei der anderen Initiative handelt es sich um eine Gruppe alleinlebender Frauen unterschiedlichen Alters, die ebenfalls noch nicht zu einer Realisierung ihrer sehr lebendig auf der Grundlage eines Wahlverwandtschaftskonzeptes entwickelten Vorstellungen gelangen konnten. Auch sie stellen keine isolierte Aktivität dar, sondern können sowohl mit historischen Versuchen von Frauenwohnungsbauinitiativen in Zusammenhang gebracht werden als auch z.B. mit der aktuellen Neugründung der Frankfurter Frauenwohngenossenschaft "Lila Luftschloß". Vgl. Arns/Lamberjohann (1994).

¹¹ Jeweils spielen - wie bei sehr vielen innovativen Wohnprojekten in der

Interessanterweise ziehen fast alle Beteiligten eine Lösung auf Mietbasis vor, wobei sich viele ein Mischmodell vorstellen könnten: z.B. einen Kapitalanteil in Höhe von 30.000 bis 100.000 DM einzubringen und auf dieser Basis einen verringerten Mietzins zu erreichen. Eine Realisierungsmöglichkeit für ein solches Modell ist indes noch nicht gefunden. Dies hängt mit der Frage institutioneller Flankierung zusammen, die bezüglich solcher Sonderwege ebenso notwendig ist wie angesichts eines Wohnungsmarktes, der geeignete Häuser für größere Wohnprojekte mit Älteren praktisch nicht anbietet. Zwar ist die größere Gruppe davor, sich rechtlich mit der großen und traditionsreichen Esslinger Baugenossenschaft zusammenzuschließen, dies bedeutet aber zunächst - nach heutigem Verhandlungsstand - nicht mehr, als daß alle Mitglieder und der Verein selbst Mitglieder dieser eG werden und entsprechende 6.000 DM-Anteile zeichnen, ansonsten aber im Mietverhältnis wie normale Genossenschaftsmitglieder behandelt werden. Zusätzlich ist festgelegt, daß die Bauträgerschaft ebenfalls der Baugenossenschaft zu übertragen ist, andererseits eine Option auf gewerbliche Raumnutzung für die Vereinsmitglieder eingeräumt wird. In der Finanzierung wird - wie in allen ähnlich gelagerten Fällen auch - der mühsame und unbefriedigende Weg beschritten, über Fördergelder die Preise zu senken - es blieb und bleibt den Projekten nichts anderes übrig, als sich in den Antragstourismus bei Regierungspräsidium und Landeskreditanstalt sowie den einschlägigen alternativen Instituten wie Ökobank oder GLS-Bank einzureihen.¹² Und nachdem all diese Versuche jenseits von Regelförderungen eigentlich nur Ernüchterung brachten, blieb wiederum nichts anderes übrig, als sich auf individuums- bzw. familienbezogene Finanzierungen einzustellen.

ganzen Bundesrepublik auch - vormals militärisch genutzte Konversionsflächen eine Rolle, die allerdings aufgrund der schwierigen Rechts- und Eigentumsverhältnisse und der zumeist noch mitten im Prozeß befindlichen Stadt- und Sozialplanung die Geduld der Beteiligten besonders beanspruchen und die Entscheidungswege noch undurchschaubarer erscheinen lassen als andernorts.

¹² So wurde beispielsweise mit dem Sozialministerium auch darüber verhandelt, ob über das Betreute Wohnen eine Bezuschussung von Gemeinschaftsflächen auch dort infrage kommt, wo die Bedingung des Mindestalters von 60 Jahren nicht durchgängig erfüllt wird. Hier werden typischerweise aber konkrete Aussagen erst gemacht werden, nachdem ein konkreter Antrag vorliegt.

2.3 Die Senioren-genossenschaft als wohnbezogene Ideenschmiede und Umsetzungsrahmen?

Programmatik, allgemeine Anforderungen und vorhandene Ansätze

Mißt man die vorgestellten Versuche an den bescheidenen Vorstellungen mancher Literatur¹³ einerseits, disparater bestehender und vergleichsweise weit gediehener Projekte in den verschiedensten Bereichen andererseits¹⁴, so läßt sich resümieren, daß sie sich eher im Sinne einer noch stark innenorientierten wohnbezogenen Ideenschmiede profilieren, wo eine Menge guter und überfälliger Ansätze vereinigt sind. Zugleich aber hat sich ihr Blickfeld zumindest in der Phase bis heute im Vergleich zu den ursprünglichen Entwürfen des Modellprogramms eher verengt. Daran soll im Rückgriff auf einschlägige Überlegungen im folgenden kurz erinnert werden. Im Anschluß daran soll die Einschätzung erläutert werden, dergemäß die Leistung der Projektinitiative als Rahmen, um Umsetzungsprozesse auf dem Weg zu genossenschaftlichem Wohnen zu lösen, vergleichsweise noch unterentwickelt ist.

2.3.1 Die frühe Vision einer "Lebensgenossenschaft"

Im Kontext der o.g. eher leitbildorientierten Anleihen an Genossenschaften im Gesamtprogramm, angesichts der Suche nach neuen institutionellen Lösungen für Mitgestaltung und Gemeinschaftsfinanzierung bei der *Wabe* und der Einbindung einer veritablen Baugenossenschaft in den Verbund des Teilprojektes ist es aufschlußreich, auf frühe

¹³ In der Regel wird nur mehr oder weniger formelhaft Unterstützung und Erprobung eingefordert. Als Beispiel sei aus entsprechenden Passagen zu gemeinschaftlichen Wohnformen eines neueren Bandes "Alter und Umwelt" zitiert. "Hier wären z.B. die Träger der Altenhilfe oder die Wohnungsbaugesellschaften gefordert, Wohngruppen für Ältere als Modellprojekte zu erproben und zu evaluieren. Auch materielle Anreize des Staates (z.B. durch steuerliche Vergünstigungen, Förderung im Rahmen des experimentellen Wohnungsbaus) könnten sich für die Verbreitung eines derartigen Wohnmodells positiv auswirken" (Saup 1993, 127).

¹⁴ Unter dem Gesichtspunkt der Zusammenführung von Querschnittsaufgaben - hier im Bereich der Sanierung und Stadtentwicklung unter der Einbeziehung von jugend-, sozial-, gesundheits-, arbeitsmarkt- und kulturpolitischen Gesichtspunkten - sind beispielsweise Konstruktionen wie die des Treuhänderischen Sanierungsträgers bei gemeinnütziger Zweckbindung der Stiftung SPI-Berlin sehr weit entwickelt. Vgl. SPI (1994).

Ausführungen von E. Arnold zurückzugehen. Er war nicht nur beteiligt in der interministeriellen Arbeitsgruppe, die das Modellprogramm bis zur Ausschreibung entwickelte, sondern ist zugleich als Vorstandsmitglied der Baugenossenschaft Esslingen auch direkter Partner der *Wa-be*. Ihm zufolge will die Seniorengenossenschaft "nicht nur über eine spezielle Bau-Genossenschaft Wohnraum für eine spezifische Bevölkerungsgruppe zur Verfügung stellen, sondern viel mehr. Es geht um den gesamten Service rund ums Alter, der ja überwiegend rund um die Wohnung stattfinden muß. Es geht auch darum, soweit wie möglich die Selbsthilfe der Beteiligten zu mobilisieren und zu nutzen" (Arnold 1992, 67). Einerseits ist der Vorschlag sehr pragmatisch und aus der Sicht des von ihm vertretenen Unternehmens durchaus nicht uneigennützig ausgerichtet. Mit einer separaten Seniorengenossenschaft innerhalb der Wohnungsgenossenschaft gehe es "um die Erfüllung und Berücksichtigung der drei Punkte: 1. Alte Menschen haben weitergehende Bedürfnisse als nur Wohnen. 2. Das bei den alten Menschen angehäufte Potential muß auch für uns genutzt werden. 3. Übernahme der Verwaltung des umfangreichen Haus- und sonstigen Besitzes, gerade bei älteren Menschen" (Arnold 1992, 70). Hinzukommen soll eine "Modifizierung unserer Spareinrichtung für die Belange von Senioren" (ebd.).

Aber es wird durchaus auch eine ganzheitlich orientierte Erweiterung mit pointiert politischer Diktion skizziert, von der aus die Übernahme einer genossenschaftlichen Konzeption durch eine - damals - christdemokratische Landesregierung geradezu zwingend erscheint: "Wir bilden eine autonome Einrichtung, die viele Aufgaben übernimmt, die bisher dem Staat zufallen und diesen von Jahr zu Jahr mehr überfordern. Wir werden in buchstäblichem Sinne Selbstversorger. Unsere Genossenschaften treten an die Stelle der früheren Großfamilien und auch der immer häufiger zerfallenden Kleinfamilie, in der die aktiven Generationen für die jüngeren und älteren sorgten. Denn ganz natürlich werden zu den Senioren-Genossenschaften auch jüngere Menschen gehören, wenn nicht gleich als Mitglieder, dann doch als Betreuer, Helfer oder Beschäftigte des Unternehmensbetriebes (...). Seniorengenossenschaften können älteren Menschen nicht nur ein weitgehend gesichertes Wohnen, Leben und die Betreuung bis zum Ende ihres Lebens vermitteln, sondern ihnen auch im Rahmen der persönlichen Kenntnisse und Leistungsfähigkeit bis ins hohe Alter Aufgaben zuweisen. (...) Die Seniorengenossenschaft setzt (...) auch die älteren Mitglieder für die Gemeinschaft ein, sie werden gebraucht, ihr Leben hat einen Sinn" (Arnold 1992, 71).¹⁵ Damit sind Schlüsselstellen für den

¹⁵ Ob dies nun bei diesen Konzeptionsüberlegungen eine Rolle spielte oder nicht, so ist Hintergrund der Beschäftigung mit diesem Thema in jedem Falle die Notwendigkeit, sich vor allem nach dem Wegfall des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes eine corporate identity aufzubauen, die ihren

ursprünglich sehr umfassenden Zuschnitt der Seniorengenossenschaft benannt, die als Folie für die dann erfolgten Prozesse instruktiv sind.

2.3.2 Gruppenbezogene Unterstützung muß den Phasen gerecht werden

Es soll in diesem Abschnitt aufgrund der allgemeinen Ausrichtung des Programms an der Förderung bürgerschaftlichen Engagements versucht werden, die inzwischen breiten Erfahrungen im Feld der Selbsthilfegruppenunterstützung mit Bezug auf die besonderen Herausforderungen von Gemeinschaftswohnprojekten fruchtbar zu machen. Es wird gefragt, wie eine förderliche Infrastruktur mit Bezug auf Einzelne, Gruppen, das Gemeinwesen, Politik und Wirtschaft beschaffen sein müßte. Dabei sollen in Modifikation des Konzepts der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen (DAG SHG 1993) zunächst fünf unterschiedliche Phasen der Zusammenarbeit mit den WohninteressentInnen auseinandergelassen werden¹⁶, im Anschluß daran unterschiedliche AdressatInnengruppen: berufliche HelferInnen und PolitikerInnen einerseits, die allgemeine Öffentlichkeit andererseits. Damit lassen sich die Anforderungen an die Organisationsentwicklung im Verlaufe der Phasen ebenso deutlich machen wie der Stellenwert und die mögliche Rolle professioneller MitarbeiterInnen. Durch die Kontrastierung mit weiteren empirischen Informationen zu den Projekten wird deren Entwicklungsstand bewertbar.

besonderen Stellenwert gegenüber anderen Formen des Mietwohnungsbaus ausweist. Eine Genossenschaft hat zwar aufgrund ihrer Mitgliederbezogenheit Vorteile gegenüber anderen Unternehmensformen in puncto Mobilisierung ihrer BewohnerInnen und Aufbau von Mitbestimmungsstrukturen, bedeutsamer aber für den Erfolg erscheinen Faktoren wie ein vielmehr gliedriges Informationsnetz, das auch die Zusammenarbeit der Unternehmen untereinander einbezieht, eine sensible Balancierung der Doppelnatur als Wirtschaftsunternehmen und Förderungsgemeinschaft und erfolgreiche Bemühungen um "Mitgliedschaft als attraktives Produkt".

¹⁶ Bei Petersen (1993) werden ähnliche Phasen abgegrenzt, wobei die erste und die zweite als Findungsphase zusammengefasst werden.

Aufgrund der vielfältigen Wünsche und Anliegen, die *einzelne Interessierte* mitbringen, sollte als erste Stufe die Möglichkeit zu einem persönlichen Gespräch geboten werden, um herauszufinden, ob die interessierte Person eine entsprechende Gruppe sucht oder ggf. andere Einrichtungen des Sozial- oder Wohnungssektors bessere Ansprechpartner sind, von der Wohnungsanpassungs- über die Tauschberatung bis zu ImmobilienmaklerInnen oder sozialkompetenten ArchitektInnen. In diesem Sinne ist über das Spezifische des wohnungsbezogenen Gruppengeschehens zu informieren und sollte den Nachfragenden eine Orientierung über die bestehenden Gruppierungen ermöglicht werden, um beide Seiten vor unnötigen Friktionen und Belastungen zu bewahren. "Grundsatz bei dieser Beratung muß sein: keine Rezepte und fertigen Tips geben, keine Entscheidungen abnehmen, sondern Erwartungen klären helfen und Informationen anbieten" (DAG SHG 1993, 195).

Da es um Lebensformen geht, bieten sich auch lebensweltnahe und gestufte Formen zwischen Informationsvermittlung, Kontaktaufnahme und Zusammenführung Interessierter an. Die *Wabe* beispielsweise sammelt fast von Beginn an erfolgreich Erfahrungen durch regelmäßige Stammtische oder das Angebot gemeinsamer Wanderungen. Hinzu kommt, daß mit den regelmäßigen Treffen der Gruppe eine Einführung für die jeweils neu Hinzugestoßenen abgehalten wird. Hier wäre eine Vielzahl weiterer niedrigschwelliger und attraktiver Initialzündungsangebote denkbar, um neue Personenkreise für gemeinschaftliche Wohnprojekte zu interessieren und locker Interessierten "Nahrung" zur Weiterbeschäftigung zu geben. Aktivitäten rund um eine differenzierte Öffentlichkeitsarbeit bieten sich in dieser Phase durchaus auch für engagierte Personen an, die nicht oder noch nicht an eigener Wohnbeteiligung interessiert sind.

Von diesen Situationen mit EinzelinteressentInnen lassen sich - *zweitens* - die Unterstützungsmöglichkeiten sinnvoll abgrenzen, die in der *Gruppenbildungsphase* bestehen: "Interessierte mit gleichem Problem, die keiner der bestehenden Gruppen beitreten können oder wollen, zum Erfahrungsaustausch und zu einer eventuellen Neugründung einer Selbsthilfegruppe miteinander in Kontakt bringen - hilfreich kann hierbei eine 'Such-Kartei' sein, in der Interessierte 'gesammelt' werden; Hilfen geben bei der Gründung neuer Gruppen durch Mit-Strukturierung des ersten Treffens, Beratung über die weitere Arbeit, Bereitstellung eines Raumes zumindest für die Anfangsphase; Hilfe beim Finden weiterer GruppenteilnehmerInnen z.B. durch Anzeigen in lokalen Zeitungen, Kontakt zu Rundfunk und Fernsehen, Aushänge, Handzettel, Ansprache geeigneter 'Multiplikatoren'; Anleitung in der Gruppenarbeit, wenn dies besonders gewünscht und für die Gruppengründung in der Anfangsphase als nötig erachtet wird. Sehr wichtig ist dabei jedoch eine klare Absprache über Umfang und zeitliche Dauer der

Teilnahme eines anleitenden Experten. Auch über dessen Rolle als Nicht-Betroffener muß Klarheit bestehen. Vielfältige Erfahrungen haben gezeigt, daß eine Anleitung nicht unproblematisch ist, da die Gruppen es versäumen, ihren Stil und ihre Regeln selbst zu entwickeln und sich nach der Anleitungsphase schwer tun, selbstbestimmt weiterzuarbeiten. Auf jeden Fall sollte eine Anleitungsphase kurz sein" (DAG SHG 1993, 195).

Darüberhinaus kann es hilfreich sein, organisatorische Tips oder bei Bedarf auch Hinweise zur Gesprächsführung, zu Gruppenregeln oder einfachen Techniken (wie z.B. das sog. "Blitzlicht") zu vermitteln. Denn schon in dieser Phase ist all jenen Merkmalen zwischen Entscheidungsstrukturen, der gruppeninternen Ausgewogenheit, Rollenausbildungen und Identifikationsgefühlen Beachtung zu schenken (vgl. Petersen 1993, 11ff.). Auch die behutsame und früh genug erfolgende Hinführung zu einem - teilweise individuell und teilweise gemeinsam stattfindenden - Lernprozeß bezüglich der realistischen Einschätzung eigener Leistungsfähigkeiten und -grenzen kann gerade im Sinne dann tragfähiger Selbsthilfe hilfreich sein. Schließlich ergibt sich bisweilen schon in dieser Phase des Gruppenprozesses die Notwendigkeit, über dessen Finanzierungsmöglichkeiten zu beraten.

Als *dritte* Ebene ergeben sich eine Reihe wichtiger Funktionen hinsichtlich *bestehender* Gruppen, die noch nicht zusammen bauen oder wohnen. Diese Phase ist am stärksten dadurch gekennzeichnet, daß in ihr gleichzeitig konkrete Verwirklichungsschritte im Hinblick auf eine Immobilie - deren Unterstützung wird in einem späteren Kapitel beleuchtet - als auch der eigentliche Gruppenaufbau anstehen, der einsetzt, "wenn eine überschaubare arbeitsfähige Gruppe entstanden ist, deren Mitglieder erkennen lassen, daß sie an einer gemeinsamen Aufgabe mitwirken wollen" (Petersen 1993, 19). Bei der Projektumsetzung in dieser wie auch der nächsten Phase gibt es wiederum eine ganze Bandbreite von Engagementmöglichkeiten auch für Nicht-WohninteressentInnen. Deren balancierte Einbindung kann durchaus entlastend und stützend wirken, bedeutet aber oft keine leichte Managementaufgabe. Gerade wenn die wohnungsbezogene Seniorengenosenschaft sinnvollerweise auch als gemeinwesenbezogener Ansprechpartner innerhalb einer größeren Region konzipiert wird, ist grundsätzlich die Kontaktaufnahme zu bestehenden Gruppen wichtig, da nur auf der Basis persönlicher Beziehungen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit erwachsen kann.

In bestehenden Gruppen sind deren interne Dynamik und Probleme oft Anlaß, sich an Professionelle mit Fragen und Unterstützungswünschen zu wenden. "Hier sollte eine Kontaktstelle zunächst den Erfahrungsaustausch der Gruppen untereinander und deren gegenseitige Beratung, vor allem durch regelmäßige Erfahrungsaustausch-Treffen organisieren. Die gewünschte Hilfe durch Professionelle verliert da-

durch ihre Wichtigkeit und wird oft überflüssig" (DAG SHG 1993, 196). Dieser Ansatz wurde im Seniorengenossenschaftsprogramm auf den verschiedensten Ebenen umgesetzt. So bestanden u.a. regelmäßig attraktive Möglichkeiten des Austauschs innerhalb des Netzwerkes der einzelnen Seniorengenossenschaften.¹⁷

"Kontaktstellen-MitarbeiterInnen sollen aber auch zur Beratung bei Schwierigkeiten in Gruppen bereit sein, z.B. wenn akute Probleme auftreten. Selbsthilfe-Organisationen oder -Initiativen, die wegen zunehmender Größe immer unflexibler werden und immer weniger auf die individuellen Bedürfnisse der Mitglieder eingehen können, sollten durch die Kontaktstellen angeregt werden, *in* der Organisation neue Selbsthilfegruppen zu gründen, in denen von der Basis aus - also von den einzelnen, unmittelbar betroffenen Menschen - die eventuell verlorengegangene Überschaubarkeit und menschliche Nähe wiederhergestellt werden kann" (DAG SHG 1993, 196). Die Konstitution tragfähiger Gruppenstrukturen wird von den hier vorgestellten Teilinitiativen als besonders wichtig erachtet und führt hier sicher auch dazu, daß demgemäß viel Energie auf innenorientierte Prozesse verwandt wird, die in anderen Feldern dann fehlt. Das muß bei der Rekrutierung und Außenattraktivität Exklusionseffekte nach sich ziehen. Ein prominentes Thema bei wohnbezogenen Gruppen ist zwangsläufig die Auseinandersetzung mit Nähe und Distanz.

Gerade bei wohnungs(bau)bezogenen Initiativen liegt eine besondere Spezifik des Gruppenprozesses in der langen oft "erfolglosen" Anlaufphase. Dies ist eine Herausforderung auch für Interventionsmöglichkeiten, die hier sehr unterschiedlich ansetzen können. In den vorgestellten Gruppen wurde vor allem versucht, den "Weg" als interessante und bereichernde Erfahrung auszugestalten, wobei sich darauf nicht alle InteressentInnen an gemeinschaftlichen Wohnprojekten einlassen

¹⁷ Teilweise wurden entsprechende Aktivitäten von der Ministeriumsgeschäftsstelle, teilweise vom Paritätischen Bildungswerk organisiert. Allerdings bleibt bei der *Wabe* durchaus eine Enttäuschung darüber, daß es mit anderen Seniorengenossenschaften, die sich mit dem Thema Wohnen auseinandergesetzt haben oder Dienstleistungen in dieser Richtung entwickelt haben, zu keiner nennenswerten Annäherung gekommen ist. Dies rührt daher, daß es bei diesen z.B. um die Betreuungsträgerschaft für Einrichtungen des betreuten Wohnens oder ehrenamtlich unterstützte Wohnberatung geht und nicht primär um Projekte für das eigene Wohnen; außerdem fehlt der generationenübergreifende Aspekt. Noch die Vernetzung mit den nicht-wohnbezogenen Schwesterprojekten war für die *Wabe* jenseits allgemeinen Interesses eher ernüchternd - zu sehr sind alle Projekte mit ihren eigenen Schwerpunkten beschäftigt, so daß auch bestehende Möglichkeiten, in ihrem Umfeld Menschen auf die Thematik generationenübergreifender gemeinschaftlicher Wohnprojekte anzusprechen, kaum genutzt wurden.

können oder wollen. Den anderen - hier nur anzudeutenden - Pol würde eine Immobilienpolitik markieren, die ständig höchst flexibel gestaltbare Objekte projiziert, die dann unterschiedlichsten WohninteressentInnen und Gruppen im Sinne ihrer je vorliegenden Bedürfnisse relativ rasch eine Umsetzung von Projekten ermöglichen würden - mithin den Übergang in die bzw. das Überspringen der nächsten Phase. Eine Seniorengenossenschaft könnte die Potentiale beider Strategien sehr weitgehend zusammenführen.¹⁸

All die Gruppenprozesse im Vorfeld sind konkrete Erfahrungsmöglichkeiten hinsichtlich von Partizipationsmodellen und können so zugleich genutzt werden, um entsprechende Formen für das spätere Zusammenwohnen ein Stück weit zu erproben und zu erfahren. Hier sind aufbauend auf den o.g. gestuften niedrigschwelligen Kontaktmöglichkeiten auch diejenigen Aktivitäten zu nennen, die eher kulturell-sozial oder gruppenerlebnisorientiert sind. Materielle Ressourcen wie PC, Kopierer etc. erleichtern vielen Gruppen die Arbeit entscheidend. Hier waren die Projekte durch die Einbindung in das Modellprogramm relativ komfortabel ausgerüstet, gab es doch Sachmittelunterstützung für Büro- und Organisationsarbeit, erstattete Fahrtkosten oder Zuschüsse für Treffen und Seminare.¹⁹

Auch bei bestehenden Gruppierungen geht es um Unterstützung in Sachfragen. Sie "benötigen oft Hilfe bei der Öffentlichkeitsarbeit: Tips und Hinweise, wo Anzeigen aufgegeben, mit welchen Journalisten gut zusammengearbeitet werden kann, wie Flug- und Faltblätter zur Selbstdarstellung herzustellen sind usw.; in Abstimmung mit den Selbsthilfegruppen können zur Weiterbildung der Teilnehmer oder mit Blick auf die Öffentlichkeit Vorträge und Referate gehalten, Gastveranstaltungen organisiert oder Selbsthilfegruppen-Tage veranstaltet werden; manche Gruppen brauchen und wünschen organisatorische Beratung, z.B. in Fragen der Vereinsgründung und Finanzierung; Durch Rundbriefe oder eine (...) Zeitung kann die Kontakt- und Informationsstelle wichtige (...) Informationen an die Gruppe weitergeben" (DAG SHG 1993, 196f.).

¹⁸ Entsprechende schon kurzfristig gangbare Wege werden bereits heute in kleinerem Rahmen praktiziert. Der Verein Neues Wohnen im Alter in Köln beispielsweise arbeitet "sowohl nach dem Prinzip 'erst die Gruppe' als auch nach dem Prinzip 'erst das Haus'" (Forum 1993, 48). Über eine Kontakt- und Beratungsstelle werden laufend Interessierte angesprochen, die sich bereits zu einer Umsetzung des Wohnprojektes bereit fühlen, schließlich werden Bauvorhaben davon unabhängig geplant und realisiert.

¹⁹ Die Erfahrungen der *Wabe* und des Frauenwohnprojektes zeigen, wie sinnvoll nicht nur Projektbesuchsreisen o.ä. sind, sondern auch beispielsweise Museumsbesuche oder eher freizeitbezogene gemeinsam verbrachte Wochenenden usw.

Eine *vierte* Ebene bezieht sich ebenfalls auf bestehende Gruppen, hat es aber mit den besonderen Anforderungen rund um die *Bauphase* zu tun. Hier wird ähnliches gelten, wie es Erfahrungen aus einem etwas anderen Bereich - der baulichen Selbsthilfe in Sanierungsverfahren und deren Unterstützung - zutage gefördert haben. Es gilt umso stärker, je mehr Vollzüge in Selbsthilfe und Eigenarbeit übernommen werden. "Alle Gruppen neigen am Anfang dazu, sich selbst und ihre Leistungsfähigkeit zu überschätzen, um dann, wenn sie an ihre Grenzen stoßen, in das andere Extrem zu verfallen. Es hat sich gezeigt, daß der Gruppenprozeß in den Projekten schwankt zwischen Zutrauen, Zuversicht und Tatkraft und Mutlosigkeit, Verzagtheit und Selbstvorwürfen. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf das Baugeschehen und trägt dazu bei, daß der Bauablauf immer wieder stockt oder verzögert wird. Gleichzeitig ist es aber auch so, daß gerade die konkreten Anforderungen beim Bauen, die praktischen Erfahrungen und die vielen kleinen Erfolge Phasen von Mutlosigkeit und Selbstzerfleischung der Gruppe wieder auflösen helfen. Alle gruppenspezifischen Abläufe werden durch das Bauen objektiviert und Lösungen werden für die Hausgemeinschaft durch die Konkretetheit und die präzise Beschreibung der baulichen Leistungsanforderungen lösbar gemacht. Der Bauablauf ist deshalb vom Gruppenprozeß nicht zu trennen; sie bedingen sich gegenseitig, wobei dem Bauen (...) ein besonderes Gewicht zukommt" (SPI 1994, 221f.)

Auf die *fünfte* Ebene ist einzugehen, obwohl sie wie die vorgenannte in diesem Falle noch nicht erreicht ist - schließlich zielt alles auf sie hin: das eigentliche *Zusammenwohnen*. So überschaubare doch im Einzelfall oft immens wichtige Details wie Umzugshilfen mittels eines Umzugsmanagements seien hier einmal beiseite gelassen. Ganz allgemein lassen sich angesichts des Formenreichtums des Zusammenwohnens zumindest für *gruppenbezogene* Projekte lediglich Grundbedingungen angeben, die allerdings anspruchsvoll genug sind: "Entscheidungsfähigkeit, Verantwortung, Verlässlichkeit, innere Überzeugung, Stabilität und Vertrauen werden (...) zu den ausschlaggebenden stärkenden Elementen, um die Aufbauphase einer Wohngruppe konstruktiv abzuschließen" (Petersen 1993, 22). Innovative Elemente für die Wohnphase müssen sich auf dieser Basis entwickeln, sie können aber im Innenverhältnis flankiert werden von Prozeduren, Medien oder Formalisierungen in bestimmten Bereichen, im Außenverhältnis von Unterstützungsressourcen.

In beiden Punkten schien die senioren-genossenschaftliche Konzeption einige Elemente neu anzubieten. Auf Modelle der BewohnerInnenbeteiligung wird hier nur verwiesen, ebenso auf Potentiale einer Assistenzgenossenschaft, wie sie ja ursprünglich durchaus vorgesehen waren und beispielsweise in einigen traditionsreichen Wohnungsgenossenschaften mit dem Älterwerden größerer Teile ihrer Bewohne-

rInnenschaft neu entwickelt werden (vgl. am Beispiel der Bielefelder "Freien Scholle" Kaufmann 1991). Auf den Aspekt gegenseitiger Hilfeleistung wird dagegen kurz eingegangen. Im öffentlichen Interesse stand und steht dabei in erster Linie die Idee des "Zeitkontos".

2.3.3 Zur Zeittauschdiskussion in Wohnprojekten

Im Sinne einer neuen Kultur des Helfens wurde propagiert, solidarische Motivationen mit eigenen Sicherheits- und Rückerstattungserwartungen zu verknüpfen, wobei als institutionelle Flankierung das Modell der Zeitgutschrift vorgeschlagen wurde. Diese hat offensichtlich im Zuge zunehmender Erfahrungen mit ihrer Anwendung einen beträchtlichen Bedeutungswandel durchgemacht. Wurde zu Beginn insbesondere die Reglementierung, Verrechnung und Instrumentalisierung eigentlich mitmenschlicher Hilfsbereitschaften kritisiert, so läßt sich heute sagen, daß ein solcher mechanischer Umgang mit der Zeitgutschrift nirgends stattfindet.

Stattdessen geht die hier vertretene These dahin, daß es sich beim Zeittauschmodell um eine bestenfalls partielle Einführung expliziter Marktlogik in den zwischenmenschlichen Bereich handelt, die durch vielfache Inkonsistenzen und durch eine eher symbolische Handhabung gebrochen wird. Ansätze strengen äquivalenten Tausches werden schon in der Programmatik in korrespondierender Weise begrifflich entschärft. Wo es angewandt wird, wird das Zeitkonto gewissermaßen als Symbol lebensweltlich ausgedeutet. Es ist Katalysator in den Auseinandersetzungen um ein modernisiertes freiwilliges Engagement, Kristallisationspunkt für die Themen gesellschaftlicher Anerkennung und für Gerechtigkeitsvorstellungen.

Die besondere Qualität von Zeittauschmodellen scheint gerade in der unvollständigen Ökonomisierung, der großzügig pauschalisierenden Zeitäquivalenz zu liegen. Dies bestätigen auch die Ergebnisse amerikanischer Modelle und Experimente. "Leistungsguthaben unterscheiden sich von Geld durch den Wert, der im sozialen Austausch zwangsläufig der nicht-monetären oder 'intrinsischen' Belohnungskomponente beigemessen wird. Bezahlung in Leistungsguthaben gibt nicht vor, eine vollständige Kompensation (...) zu bieten - allein schon aus dem Grund nicht, weil man mit Leistungsguthaben nicht die ganze Palette von Gütern und Dienstleistungen kaufen kann. (...) Das Fehlen eines Preismechanismus und die beschränkte Verwendbarkeit der Leistungsguthaben muß ausgeglichen werden durch den 'Lohn', der im Helfen selbst liegt. (...) Die ökonomische Durchführbarkeit von Leistungsguthaben hängt von einem (...) Kalkül ab (...), demzufolge Personen, die Leistungsguthaben verdienen, nach Marktstandards 'unter-

bezahlt' werden - wenn intrinsische Belohnungen nicht mitgerechnet werden" (Cahn 1990, 137f.). Zeittauschmodelle nehmen Bedürfnisse nach Sicherheit, Werthaltigkeit und Öffentlichkeit auf, transportieren die Vorstellung einer rege tauschenden Gesellschaft und verflüssigen viele jener heute schwer überwindbaren Trennlinien, die die prozeßhafte Anpassung sozialer Engagementformen an eigene Wünsche erschweren (vgl. ausführlich Otto 1995, 61ff.; 180ff.).

Dennoch hat die skizzierte Kritiklinie - wie in anderen Projekten auch - in der *Wabe* dazu geführt, daß die Zeitverrechnung abgelehnt wird. Begründet wird dies vor allem damit, daß die Hilfen sich innerhalb von Wohnprojekten sowieso auf Personen beziehen, deren Verhältnis auf der Basis von Gegenseitigkeit strukturiert ist. Die InteressentInnen für gemeinschaftliche Wohnprojekte gehen davon aus, daß sich in der kleinen überschaubaren Gruppe, die sich in einem intensiven Prozeß auf der Grundlage von Sympathien gefunden hat, gegenseitige Hilfeleistung ohne festes Regelsystem verwirklichen läßt. Man empfinde diese Art von Reglementierung - das Aufwiegen eigener Leistungen in Form von Zeit gegen andere Zeit - als Einschränkung dessen, was aufgrund von gutnachbarschaftlichen Verhältnissen oder gar Freundschaften selbstverständlich erscheint. Dabei wurde leider nicht differenziert nachgedacht über die möglicherweise besonders sinnvollen Potentiale einer Zeitverrechnung gerade in der Bauphase, wobei - nur als Beispiel - etwa ein reger Austausch zwischen baulicher Eigenleistung und Kinderbetreuung u.a.m. angefacht werden könnte.

Vielleicht wäre hier außerdem mehr in Gang gekommen, wenn ein dynamisches Modell entwickelt worden wäre, das z.B. die Zeitgutschriften über einen flexiblen Verrechnungsmodus mit der Kapitalfunktion verknüpft. Dies schiene gerade in generationenübergreifenden Modellen mit Blick auf die unterschiedlichen Potentiale der Lebenslagen chancenreich. Es müßte systematischer als bisher überlegt werden, wie damit all jene bekannten Blockaden aufgebrochen werden könnten, die Synergieeffekte bisher so hartnäckig verhindern - zwischen dem finanziellen Spielraum, den viele Ältere heute haben und Zeit- und Kompetenzreserven, die etwa bei Arbeitslosen brachliegen; zwischen zu groß dimensionierten Wohnungen einerseits und der Ratlosigkeit, einen befriedigenden Ausgleich ohne Verluste und jahrelange Friktionen zu organisieren usw. usf.

In diesem Zusammenhang ist es durchaus noch offen, inwiefern ein solches Modell auch für pflegenähere Bedarfssituationen Potentiale der Mobilisierung "hilfreicher Hände" bietet, wenn der direkte reziproke Ausgleich zunehmend wegfällt, oder eben nur noch über Angehörige oder sonstige Dritte zu erlangen wäre. Angesichts des o.g. durch die Seniorenengagements forcierten öffentlichen Diskurses über Möglichkeiten freiwilligen Engagements im Pflegebereich scheint Zurückhaltung seitens Selbsthilfeinitiativen hier politisch angebracht, sollte

aber nicht davon abhalten, sinnvolle Möglichkeiten weiterzuentwickeln. Allerdings scheinen trotz der o.g. Motivationsebene einer gesuchten Hilfsperspektive auch Menschen, die in der Gruppe älter werden (wollen), dazu zu neigen, "das Thema Pflegebedürftigkeit auf später zu vertagen oder ganz und gar zu verdrängen in der Hoffnung, es werde sich im Notfall schon alles von alleine regeln" (Forum 1993, 152).

2.3.4 Bedarf an Beratung und innovativen Institutionen

In vielen Unterstützungsbereichen ist eine Querschnittsfunktion angesprochen, die über alle Phasen gleichermaßen wichtig ist: *Information und Beratung*. Damit nicht jedes Individuum und jede Gruppe "das Rad neu erfinden muß", ist die Weitergabe andernorts schon gemachter Erfahrungen immens hilfreich. Im Feld gemeinschaftsorientierter Wohnprojekte läßt sich viel mehr voneinander lernen, als dies bisher praktiziert wird. Wenn für Seniorengenossenschaften hier ein Charakteristikum gilt, dann besteht es im Versuch, eine breite bürgerschaftliche Auseinandersetzung so zu befördern, daß sie gleichermaßen erhöhte Selbsthilfepotentiale wie Bürgerinitiativimpulse weckt und unter Beteiligung von professionellen Kräften und Institutionenverantwortlichen aus einem breit verstandenen Aktionsfeld förderliche Bedingungen für deren Umsetzung zu schaffen versucht werden.

Die Informations- und Beratungsfunktion setzt z.B. einen Informationspool über bereits realisierte Modelle ebenso voraus wie das know how bezüglich vieler Einzelbereiche. Dabei geht es *zunächst* um die Verknüpfung der angestrebten - gemeinschaftlichen - Sozialform mit entsprechenden baulichen Möglichkeiten. Themen sind z.B., wie es sich verdichtet und dennoch individuell wohnen läßt, welche Möglichkeiten gemeinschaftlicher Höfe und Gärten vorstellbar sind, wie der Umgang mit sonstigen Gemeinschaftsflächen organisiert werden kann. Hinzu kann kommen, in welcher Weise flexible anpassungsfähige Grundrisse realisiert werden können oder Bauweisen, die Eigenarbeit begünstigen, welche Konzeptionen kostensparenden Bauens infrage kommen, alles ggf. auch unter Einbezug von Wohnungen im Bestand.

Ein *zweites* Fragenbündel rankt sich um Rechts-, Organisations- und Partizipationsformen. Es stellt sich im Phasenverlauf der Gruppen- und Projektentwicklung in immer neuen Gestalten. Stehen z.B. zu Beginn die Bedürfnisse nach Transparenz, eingegrenzter Verbindlichkeit und gleichwertiger Mitsprache im Vordergrund, so ist irgendwann Rechtsfähigkeit gefordert oder werden arbeitsteilige Strukturen je nach Interessen der Beteiligten zu entwickeln sein. Dabei spielen Partizipationsaspekte ebenso eine Rolle wie Rechtsformkosten, der Gründungsaufwand oder die Anpaßbarkeit in bezug auf wechselnde Anfor-

derungen. Je nach Anspruch und Zuschnitt sowie dem Grad der Verknüpfung mit anderen Aktivitäten braucht es eine jeweils auf das Bauprojekt zugeschnittene Organisation für jedes einzelne Bauprojekt, sei dies ein Bauverein, eine BGB-Gesellschaft, eine Genossenschaft oder eine GmbH. Schließlich stellt sich die Frage, ob diese Organisation auch Bauträger sein kann oder es einen Bauträger als Partner braucht.²⁰ Wenn kein externer Bauträger gewählt wird, ist eine angemessene Organisationsform für die selbständige Erledigung all dieser Belange zu entwickeln.

Für eine Seniorengenossenschaft als Einzelinitiative stellen sich diese Fragen in gleicher Weise, für eine Seniorengenossenschaft als übergreifende Initiative geht es letztlich um Hilfe bei der Herausbildung sinnvoller Organisationsformen von fachlicher Unterstützung und Beratung für ansonsten vollständige Selbstorganisation über ein Dachverbandsmodell bis hin zur Integration in einer alle Bereiche abdeckenden Genossenschaft.²¹

Ist schon die Finanzierung selbstgenutzten Wohneigentums für viele eine ohne ExpertInnenwissen kaum durchdringbare Wissenschaft, so potenzieren sich die Anforderungen an entsprechendes know how in gemeinschaftlichen Wohnprojekten zu einem besonders anspruchsvollen *dritten* Problemkomplex. Gemeinschaftlichen Wohnprojekten liegt in der Regel ein gemischtes Finanzierungskonzept zugrunde (vgl. Schepers 1993, 84ff.; Kuthe/Mermagen/Schepers 1993), schließlich finden hier idealerweise Menschen aufgrund ähnlicher Interessen und Sympathien zueinander und nicht aufgrund gleicher Einkommensverhältnisse. Die Möglichkeiten der Einzelnen, in das Wohnprojekt Kapital einzubringen, sind sehr unterschiedlich. Unter Umständen braucht jede Einzelwohnung ein anderes Finanzierungskonzept.²²

²⁰ Interessanterweise wurde die Erwartung enttäuscht, daß es durch die Einbindung in das Modellprojekt leichter würde, Bauträger für konkrete Projekte zu finden. Im Falle der Baugenossenschaft Esslingen, die ja selbst in das Modellprogramm eingebunden war, ist es - allem früheren programmatischen Pathos zum Trotz - nur dem zähen Ringen durch die *Wabe* selbst zu verdanken, daß hier schließlich etwas in Bewegung kam.

²¹ Daß dies nicht nur ein Gedankenexperiment bleiben müßte zeigt sich, wenn man die Funktionen der hier vorgestellten Seniorengenossenschaft mit jenen einer weiteren existierenden kombiniert, die einerseits personenbezogene Hilfen zwischen Gegenseitigkeit und Fremdhilfe zu entwickeln sucht, andererseits entscheidender Akteur einer Stadtentwicklungs- und Baumaßnahme u.a. mit dem Ziel altersgerechten Wohnraums ist. Mit dem Bau des Projekts wird 1995 begonnen.

²² Am Beispiel eines Projektes der *Wabe* mit zwölf unterschiedlich großen individuellen Wohneinheiten und entsprechend von allen gewünschten gemeinsam zu tragenden Gemeinschaftsflächen läßt sich eine typische Lösung vorstellen. Aufgrund der Einkommensverhältnisse der zukünftigen

Eigentumsrechte sind bei gemeinschaftlichen Wohnprojekten häufig insoweit eingeschränkt, daß die EigentümerInnen, falls sie aus dem Projekt aussteigen, zwar das investierte Kapital plus eventuell einen vereinbarten Wertzuwachs zurückerhalten, die Gruppe selbst aber über NachfolgerInnen entscheidet. Akzeptanz finden solche Regelungen erfahrungsgemäß nur, wenn sie die doppelte Aufgabe überzeugend zu lösen versprechen, zum einen Spekulationsabsichten zu verunmöglichen, zum andern aber dem gerechtfertigten Interesse (auch ggf. der ErbInnen) an Wertzuwachs dennoch Geltung zu verschaffen. Umgekehrt lassen sich auch in Mietverhältnissen gemeinschaftliche Gruppeninteressen schützen. So erhält die *Wabe* innerhalb der Baugenossenschaft Sonderrechte, z.B. die selbständige Wohnverwaltung inklusive Hausmeisterdiensten und die Belegungshoheit in Absprache mit der Genossenschaft. An einer entsprechenden Vereinbarung wird gearbeitet.

Die Idee, über eine Genossenschaftsgründung das notwendige Eigenkapital in Form von Geschäftsanteilen zu beschaffen, wurde in den hier diskutierten Projekten wiederholt diskutiert, bisher aber keine Anstrengungen unternommen, eine Gründung anzustreben. Dies hat mehrere Gründe; zum einen die hohen Hürden (Anforderungen des Genossenschaftsverbandes, beträchtliche Kosten für Prüfungen usw.), die abschreckend wirken, zum anderen die Tatsache, daß ein hohes Maß an Professionalität und Organisationsstruktur notwendig ist, die den Rahmen jedes einzelnen Wohnprojektes in ihrer jetzigen Struktur sprengen würden. Sinnvoll wäre eine Genossenschaft nur als Netzwerk für viele Projekte mit einer zumindest zunächst weit größeren Zahl an Mitgliedern als nur denjenigen, die unmittelbar gemeinsam zusammen leben wollen.

Als Beispiel solcher Genossenschaftsentwicklung steht die Schweizer WOGENO, nach deren Vorbild jetzt auch in München eine Genossenschaft entstanden ist. Aber auch die oben zitierten Überlegungen von E. Arnold weisen in eine ähnliche Richtung: Gerade bestehende Wohnungsgenossenschaften könnten Träger einer entsprechenden Anpassungseinrichtung sein, wie es beispielsweise die vielzitierte "Freie Scholle" mit Erfolg vorexerziert. Sie hat für ihre Genossenschaftsmitglieder eine Bank gegründet, die einerseits höhere Zinsen als irgendein anderes Geldinstitut zahlt, auf der anderen Seite der Genossenschaft billige Kredite für die Durchführung ihrer Modernisierungs- und Wohnungsanpassungsmaßnahmen zahlt. Beides kommt den älteren MieterInnen in hohem Maße zugute. Das Interesse an entsprechenden gemein-

BewohnerInnen werden vier Wohnungen - jeweils mit den entsprechenden Anteilen an den Gemeinschaftsflächen - im sozialen Mietwohnungsbau, drei Wohnungen im freien Mietwohnungsbau, drei Wohnungen nach dem Wohnbauförderprogramm für junge Familien, und zwei Wohnungen auf Eigentumsbasis gebaut.

schaftlichen Kapitalbildungsformen ist nach der Erhebung bei den Seniorengenossenschafts-Mitgliedern durchaus nicht zu unterschätzen.²³

Trotz aller Komplexität ist auch der Umgang mit Geld und möglicherweise bisherigem Wohneigentum für viele Beteiligte noch nicht einmal in erster Linie eine Wissens- oder Expertenfrage. Schließlich werden damit so sensible Fragen virulent, inwiefern Rückwege aus dem Wohnprojekt für immer abgeschnitten werden, oder welche Alternativen für eine allseits akzeptierte Abwicklung mit den späteren ErblInnen gangbar wären, wenn beispielsweise das Haus oder die Wohnung nicht verkauft werden soll. Die damit nur angedeuteten Entscheidungs- und Managementprobleme verweisen nicht nur darauf, daß hier Gruppenrückhalt und einfühlsame *soziale* Beratung die sachliche Seite ergänzen müssen, sondern zeigen zugleich, welche wichtigen darüber hinausgehenden flankierenden Beiträge eine finanziell und juristisch kompetent und flexibel operierende Genossenschaft dazu leisten könnte.

Die hiermit von der Finanzierungsproblematik her aufgeäumte Diskussion über die Institutionalisierungsseite hat erhebliche Bedeutung für die Phase der Konzeptions- und baubezogenen Umsetzung, indem Regeln für Entscheidungen, Machtverteilung und den Umgang mit Konflikten damit zusammenhängen. Sie verweist aber zugleich auf die obengenannte fünfte Phase des Zusammenwohnens.

Dies soll zu den Aktivitäten genügen, die sich auf gegebene InteressentInnen als Einzelpersonen oder Gruppen richten. Hinzu kommen wichtige außenbezogene Funktionen. Zunächst beziehen sie sich auf professionelle Helfer aus dem Sozialbereich, Berufsgruppen wie ArchitektInnen etc. und AdressatInnen in Politik, Verwaltung und Verbänden - nicht nur der freien Wohlfahrtspflege. Wieder lassen sich die Erfahrungen aus der Selbsthilfegruppen-Unterstützung sinnvoll adaptieren. So sei es die Aufgabe, "diesen Berufsgruppen Informationen über das Selbsthilfegruppen-Prinzip, über 'Leistungen' und Wirkungen dieser speziellen Form von Zusammenschlüssen zu geben und sie zu beraten, ihnen die Perspektive der Betroffenen aus den Selbsthilfegruppen zu vermitteln und verständlich zu machen, sie durch spezielle Fortbildungsveranstaltungen (Vorträge, Seminare, Kurse...) über

²³ Zwar ist das Potential an Personen, die auch tatsächlich in den Seniorengenossenschaften mitmachen würden, noch nirgends *konkret* ausgelotet worden. Die Einstellungsergebnisse zeigen aber beispielsweise, daß speziell in jenem Projekt, das eine Stadtentwicklungs- und Wohnmaßnahme vorantreibt, sowohl das Vorstellungsvermögen, daß entsprechende Einrichtungen vertrauenswürdig in einer Seniorengenossenschaft verwirklicht werden könnten, als auch die formulierte eigene Bereitschaft, dort einen größeren Beitrag anzuspüren, positiv formuliert wird. Damit ist anzunehmen, daß entsprechende Bereitschaften bei entsprechenden Bemühungen in hohem Maße lokal kultivierbar wären. Vgl. Otto (1993).

Selbsthilfegruppen zu informieren, sie mit GruppenteilnehmerInnen bekannt zu machen und ihnen Anregung zur konkreten Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen zu geben" (DAG SHG 1993, 197).

Es ist deutlich geworden, daß es auch ganz konkrete politische Forderungen gibt, die übergreifend insbesondere die wohnungspolitischen Förderinstrumente betreffen, im lokalen Rahmen dagegen vor allem die Bau-, Struktur- und Sozialplanung. Bauprojekte sind dabei besonders von dem auch in anderen Selbsthilfezusammenhängen bekannten Problem betroffen, daß aufgrund der sowieso schon sehr vielseitig beanspruchenden Vorbereitungen für Außenaktivitäten kaum Energie da ist.

Und schließlich ist allgemeine Öffentlichkeitsarbeit ebenso vonnöten wie eine solche, die zielgruppenbezogen arbeitet. Die Erfahrungen zeigen überall, daß hier speziell das Kennenlernen realisierter Projekte häufig *die* Initialzündung darstellt, sich auch für sich selber mit Wohnalternativen auseinanderzusetzen.

2.3.5 Potentiale einer Landesinfrastruktur

Vor dem Hintergrund der bis hier entfaltenen Unterstützungsebenen läßt sich nun das Engagement der übergeordneten Ministeriums-Geschäftsstelle einschätzen. Für die Wohnprojekte scheint sie in erster Linie hinsichtlich ihrer politikbezogenen Querschnittsfunktionen nützlich. Allerdings sollten die Erwartungen nicht zu hoch gehängt werden. So beziehen sich die Geschäftsstellenaktivitäten auf so breit gefaßte Ziele im Feld einer Modernisierung der Altenarbeit und des bürgerschaftlichen Engagements (vgl. MAGS 1994, 85ff.), daß die meisten der spezielleren Sachfragen hier nicht auf die Tagesordnung gelangen. Auch damit hängt es zusammen, daß es selbst in diesem Verbund während der Modellphase nicht gelungen ist, Änderungen bei der Wohnungsbauförderung des Landes und komplementär dazu auch von Kreisen und Gemeinden zu erreichen, die eher auf gemeinschaftliche Wohnprojekte zugeschnitten sind.

Ähnliches gilt für entsprechende Erträge in Sachen Öffentlichkeitsarbeit. Hier können Wohnprojekte wohl in erster Linie von dem Rückenwind profitieren, den die Einbindung in ein Programm mit sich bringt, das ein lebendiges und ressourcenorientiertes Altersbild offensiv vertritt und selbständiger Lebensgestaltung einen hohen Stellenwert beimißt. Vielleicht gelingt es ihnen aber auch, die durchaus erfolgreich geschaffenen landesweiten Netzwerkstrukturen noch stärker als bisher einzusetzen für die wohnbezogenen Fragen. Inzwischen wird mit der Ende 1994 gegründeten "Landesarbeitsgemeinschaft bürger-

schaftliches Engagement/Seniorengenossenschaften" (ARBES) versucht, viele der gruppenübergreifenden und überregionalen Funktionen ebenfalls wieder auf nichtberufliche Füße zu stellen (vgl. die Zielbestimmung, abgedruckt in "Bürger engagiert", H. 3+4/1995, 4), wobei viele der für die Geschäftsstelle genannten Probleme und Möglichkeiten hier genauso vorliegen; weitere Erfahrungen werden sich zeigen müssen. Allemal ist die Neugründung für die bürgerschaftliche Aufbruchsstimmung - und deren geschickte Mit-Inszenierung "von oben" - bezeichnend.

In diesem Kontext sollte nicht übersehen werden, daß mit der Aufrechterhaltung der innovativen Infrastrukturmaßnahme einer landesweit tätigen Geschäftsstelle über die Modellaufzeit hinaus explizit der Versuch verbunden ist, ein nichtprofessionelles Selbsthilfegruppenunterstützungsmodell zu forcieren. Laut Pressemitteilung vom 7.7.1994 wird als einer ihrer Arbeitsschwerpunkte die "Förderung von Selbsthilfegruppen, insbesondere deren örtliche Kontakt- und Informationsstellen einschließlich der Erprobung von Selbsthilfe-Bürgerbüros auf der Grundlage bürgerschaftlichen Engagements" (zit. nach MAGS 1994, 89f.) genannt. Entsprechende Potentiale noch entschiedener zu entwickeln, ist als Versuch einerseits zwar in jedem Fall positiv, andererseits läßt sich anhand der Forschungsergebnisse z.B. zu den Bundesprogrammen der Selbsthilfegruppenunterstützung sehr eindeutig nachweisen, daß in bestimmten Feldern ohne professionelle Vor-Ort-Unterstützung viele Potentiale der Selbsthilfe und Selbstorganisation nicht zur Entfaltung kommen werden. Eine realistische Einschätzung in einem letzten Punkt ist damit allerdings ebenfalls schon ausgedrückt. Eine in Stuttgart angesiedelte Unterstützungsstelle kann den konkreten Erfordernissen von EinzelinteressentInnen und Gruppen überall da nur unzureichend gerecht werden, wo es um Gruppenprozesse selbst oder um lokale Öffentlichkeiten usw. geht.

Diese knappe Defizitskizze unterstreicht, wie sinnvoll sowohl der Versuch ist, wohnbezogene Beratungs- und Informationsaufgaben überregional zu vernetzen als auch das Bemühen um kompetente Unterstützung in einer gemeinwesen näheren Institutionalisierungsform. Ansätze zum erstgenannten Punkt bestehen zwar - zwischen der Wohnbundberatung beispielsweise oder dem Forum für gemeinschaftliche Wohnformen e.V., dessen Landesgeschäfte für Baden-Württemberg der Bildungswerksmitarbeiter vertritt -, sind aber noch zu zersplittert. Zum gemeinwesenbezogenen Unterstützungsbedarf folgen einige Überlegungen.

2.3.6 Projektnah Sachverstand organisieren - aber welchen?

Wird in kurz- und mittelfristiger Perspektive zunächst einmal die "große" Lösung einer integrierten ganzheitlich konzipierten Genossenschaft beiseite gelassen, so ergeben sich aus den Erfahrungen der Projekte und der phasen- und adressatInnenbezogenen Betrachtungen zusammenfassend einige Implikationen für die Rolle professioneller MitarbeiterInnen im Sinne von SelbsthilfeunterstützerInnen sowie für das Zusammenwirken mit anderen Institutionen.

Die Schwierigkeiten privater Initiativen erfordern ein über die Partikularinteressen und über Einzelprojekte hinausreichendes Engagement speziell für Beratung, politische und Öffentlichkeits-Arbeit. Notwendig ist eine stabile Größe mit anerkanntem institutionellem Hintergrund. Für die Gruppen ist wichtig, daß der/die Professionelle auch nach innen Akzeptanz besitzt. Er oder sie kann hilfreich sein, um Rückschläge, Frustrationen, Rivalitäten und schwierige Diskussions- und Entscheidungsprozesse so zu verarbeiten, daß eine kontinuierliche Weiterentwicklung möglich ist. Entscheidend aber ist, daß Kenntnisse über Gruppenprozesse, Organisationsformen und -strukturen, über die sozialen Leistungssysteme, die Organisation sozialer Dienstleistungen und das Angebot einer vorhandenen Infrastruktur (Räume, Büroausstattung usw.) nur dann nützlich sind, wenn sie reflektiert und selbstbegrenzend als Hilfe zur Selbsthilfe eingesetzt werden (vgl. Balke/Thiel 1991). Eine solche Fachlichkeit entfaltet sich auf der für viele Gruppen wichtigen Basis, bei aller Solidarität nicht selbst verwickelt zu sein (vgl. Forum 1993, 44ff.).²⁴

Insofern die "Hardware"-Seite des Bauens - neben ästhetischen und ökologischen - in allererster Linie sozial und kommunikativ strukturierten Bedürfnissen entsprechen soll, stellen sich durchaus hohe und sensible Erwartungen an professionelle BeraterInnen in einem entsprechenden Verständigungsprozeß, die jedenfalls die allermeisten ArchitektInnen derzeit nicht zu erfüllen in der Lage sind. Es muß dies allerdings auch nicht unbedingt eine sozialpädagogische Aufgabe sein, im konkreten baden-württembergischen Projekt aber wurden entsprechende Inputs zumindest durch die sozialpädagogische Fachkraft angestoßen und unter Einbezug unterschiedlichster ExpertInnen moderiert. Ein überlegenswertes Alternativmodell bestünde in der "Sozialpädagogisierung" und "Gerontologisierung" z.B. von ArchitektInnen.²⁵

²⁴ Dies muß allerdings nicht so sein. In dem Frauenwohnprojekt beispielsweise ist eine der Hauptakteurinnen zugleich als Wohninteressentin, Kreisaltenfachberaterin und Beiratsmitglied für die Seniorengenossenschaften im Sozialministerium dabei.

²⁵ Zu einem entsprechenden, aber auf externer Beratung aufbauenden Ansatz vgl. die bei Engel/Sickendiek (1991) dargestellte sozialökologische

Allerdings ist zu beachten, daß es gemeinschaftlichen Wohnprojekten bei der Begleitung ganz besonders um Kontinuität im alle beschriebenen Phasen umfassenden Entwicklungsprozeß geht, die z.B. in einem nur entwurfs- und bauausführungsbezogenen Engagement nicht gegeben wäre. Wird eher sozialberufliche Kompetenz zum Ausgangspunkt genommen, so gilt in Übertragung das, was W. Rückert bezogen auf betreutes Wohnen schreibt. Nicht nur hier "braucht (es; U.O.) Fachleute, die etwas vom Immobiliengeschäft verstehen, von der Finanzierung, dem kostengünstigen Bau und der Vermietung. Solches Wissen findet sich in der Regel nicht in Wohlfahrtsverbänden sondern in den Wohnungsbaugesellschaften, die ihrerseits nichts von sozialer Betreuung verstehen. Daher ist Kooperation angesagt, bei der hoffentlich die Interessen der alten Menschen nicht zwischen die Räder kommen" (Rückert 1994, 15). Neben der direkten Beratung ist genau diese Netzwerkarbeit unverzichtbarer Bestandteil einer Unterstützung für gemeinschaftliche Wohnprojekte. Bezüglich der Entwicklung spezifischer Fachlichkeit, Kompetenz und Wissensbestände, die gerade für die Gruppen- und Lösungsprozesse im Wohnsektor förderlich wären, scheint die ausbildungsbezogene Herkunft weniger interessant als die Fähigkeit, autonomieorientiert mit Gruppen zu arbeiten, Anregungen für kreative Gestaltungsmöglichkeiten auf der Basis breiter Information zu geben, Institutionen und Ressourcen kooperativ und innovativ zu vernetzen. Bei allem ist der Besonderheit von Wohninitiativen gerecht zu werden, deren Ziel während allen Phasen immer untrennbar zugleich die Entwicklung von Arbeitsstrukturen und zwischenmenschlichen Beziehungen ist. Jegliche HelferInnen müssen sich immer neu klar machen, daß es letztlich nicht nur um eine erfolgreiche Projektumsetzung, sondern um tragfähige Nachbarschaft geht (vgl. Petersen 1993).

Planungsberatung. In dem Maße, in dem beispielsweise die Sensibilität und Erfahrung der Wohnbund-MitarbeiterInnen als erfahrener Fachleute im Gemeinschaftswohnen auch für Fragen der Älteren und generationenübergreifende Projekte wächst, wären sie vermutlich eine geeignetere Adresse als sozialpädagogische Bildungseinrichtungen o.ä. Immerhin existiert hier schon lange eine entsprechende Einrichtung, die Wohnbund-Beratung.

3. Chancen zwischen den Stühlen

Erkennbar wird die zwar schwierige aber chancenreiche Zwischenstellung von Seniorengenossenschaften. Wie im gesamten Modellprogramm werden auch im hier untersuchten "Spezialfall" nicht fertige Maßnahmen oder Modelle angeboten, sondern wird versucht, einen tragfähigen Prozeß in Gang zu bringen. Stärker noch als in anderen Seniorengenossenschaften ist zu berücksichtigen, daß die bisherige Realisierungsphase noch zu kurz ist, um irgendwelche "abschließenden" Ergebnisse zu berichten.

In einer Spürhundfunktion erkennen Seniorengenossenschaften innovativ und teilweise gemeinwesenbezogen wichtige Nischen, um aktiv zu werden. Häufig kommt dabei ein widersprüchlicher Prozeß in Gang, der in der Forcierung bürgerschaftlichen Engagements geradezu angelegt scheint. Er bewegt sich zwischen einer Art Selbstbescheidung und pragmatischer Engführung entlang bewältigbarer Kleinprojekte und selbstüberschätzungsnahen Vorhaben, die andernorts - wenn überhaupt - im Zusammenwirken von Wohlfahrtsverbänden, Sozialplanung, kommunaler Sozialpolitik und Marktanbietern in Angriff genommen werden. Am Beispiel der vorgestellten Seniorengenossenschaft läßt sich gut herausarbeiten, daß die interessantesten Projekte vermutlich dazwischen liegen. Einerseits in der Konzeption ambitionierter und ganzheitlich ausgerichteter Projekte, die die Leitideen der Normalisierung und Selbsthilfe, der Kompetenzorientierung und Autonomie offensiv umsetzen, andererseits in dem Versuch, ein darauf maßgeschneidertes Wohlfahrtsmix zu erreichen. Für die Dimensionierung der eigenen Anteile sollte dabei die Frage leitend sein, was auf der Basis bürgerschaftlichen Engagements effizient und ohne zwangsläufige Burnout-Effekte leistbar ist. Es sind insbesondere Bereiche, die nicht marktgängig sind oder von anderen AnbieterInnen nur unter Einbußen an Mitbestimmung und Autonomie erbracht würden.

Wie in anderen seniorengenossenschaftlichen Feldern - von der Unterstützung zu Hause bis hin zu Pflegedienstleistungen - wird das aufgegriffene Thema zunächst aus den hergebrachten Thematisierungsgrenzen befreit. Als Wohnbauinitiative wird versucht, dem - nicht nur im Alter - zentralen Thema Wohnen soziale und kommunikative Dimensionen im Vorbereitungs- und Konkretisierungsprozeß zurückzugeben, zunächst undurchdringlich erscheinende rechtliche und finanzielle Restriktionen aufzubrechen und dies nicht nur als individuell-persönlichen Prozeß zu verstehen, sondern als Herausforderung an eine alternde Gesellschaft und ihre teilweise veralteten Institutionen. Rein auf Stellvertretung und ExpertInnenwissen basierende Modelle können hier die Lösung nicht sein, provozieren aber die berechtigte Frage, ob in Seniorengenossenschaften nicht bisweilen selbstorganisierte Gruppen und bürgerschaftliches Engagement Aufgaben übernehmen (sollen), die ih-

re intermediären Potentiale nicht nur überschätzen, sondern damit im weiteren Verlauf austrocknen.

Wenn also schon über eine Internalisierung eines ganzheitlichen Funktionsspektrums nachgedacht wird, so sollte dies noch konsequenter geschehen. An mehreren Stellen wurde angedeutet, daß in mittel- und längerfristiger Perspektive auch eine Integration in einer breit konzipierten wohnbezogenen Seniorengenossenschaft möglich wäre und Sinn machen könnte. Ein solcher Kompetenzen- und Anspruchsmix könnte allerdings schon intern nur sinnvoll sein, wenn er als über bürgerschaftliches Engagement hinausgehende Kombination unterschiedlicher Steuerungsinstrumente und Ressourcen konstruiert ist und sollte keinesfalls davon abhalten, ständig neu über einen effizienz- und innovationsfordernden Wohlfahrtsmix nachzudenken, z.B. im Verbund mit kommunaler Sozialplanung, Stiftungen etc. Schließlich existieren auch hier schon eine Reihe von Erfahrungen zu sinnvollen und möglichen Beiträgen (vgl. z.B. zu neuen Trägerformen auf kommunaler Ebene Bärsch u.a. 1990).

Patentrezepte gibt es momentan nicht. Nachdem in diesem Aufsatz ein stark gruppenorientiertes Prozeßmodell vorgestellt wurde, ist es sinnvoll, dieses zum Schluß wenigstens andeutungsweise mit zwei weiteren - eher an der Planung ansetzenden und von anderen Trägern und der Sozialpolitik mitzuunterstützenden - Alternativen zu konfrontieren.

Interessant sind - erstens - die Erfahrungen von Wohnbauvorhaben, die nochmals für einen etwas anders gelagerten Typus stehen. So werden in vielen konkreten Planungen heute die künftigen BewohnerInnen im Unterschied zum herkömmlichen Sozialen Wohnungsbau nicht erst beim Einzug mit ihrer neuen Wohnung und Nachbarschaft konfrontiert. Vielmehr entsteht hier durch das Angebot an die BewohnerInnen, sich bereits an der Planung ihrer Wohnanlage zu beteiligen, lange vor dem Einzug in die neue Wohnung ein Netz gegenseitiger Kontakte (vgl. zu einem Beispiel integrierten Wohnens Brech u.a. 1993). Auch diese Versuche sollten natürlich nicht idealisiert werden, sondern verlangen einen besonders differenzierten Blick auf Reibungsverluste und -gewinne, wie sie bei der Abwicklung eines komplexen Wohnungsbauprojektes mit weitreichenden Beteiligungsformen entstehen.

Dennoch könnte - zweitens - auch das Vorhalten flexibler Bauten bzw. Flächen sinnvoll sein - nicht als vorgefertigtes Modell speziell für Ältere, sondern als Grundgedanke, der z.B. auf den Konversionsflächen insgesamt Geltung bekommen müßte und damit im Zeitablauf immer neu entsprechende Verwirklichungschancen bauseits bieten würde. Die speziell für die ehemaligen Militärfächen entwickelten Planungsvorstellungen operationalisieren in einigen Fällen im übrigen auf geradezu exemplarische Weise, wie Grundzüge einer menschenfreundlichen Stadt aussehen könnten, die damit gleichermaßen für Ältere wie

für Kinder, für Familien wie für Alleinstehende oder Alleinerziehende Entfaltungschancen und Lebensqualität optimieren.²⁶ Ironischerweise wären dort teilweise von der Stadtplanung her die Rahmenbedingungen für generationsübergreifendes Wohnen in idealer Weise gegeben und entsprechende Mischungen konzeptionell vorgesehen, nur fehlt es teilweise an den Sozialformen, die komplexeren - z.B. gruppenwohnungsbezogenen - Projekten den sozialen Nährboden bieten.

Es passieren also im skizzierten Feld - noch isoliert voneinander - eine Menge chancenreicher Entwicklung auf unterschiedlichen Ebenen. Auch bezüglich ihres wohnbezogenen Engagements sind Seniorengemeinschaften mitten drin in einem lohnenden Gestaltungsprozess und damit immerhin - mit einem eigenen programmatischen Satz - dort, wo andere noch nicht angelangt sind: "Am Anfang des Weges". Die Überzeugungskraft bezüglich bereichernder WeggefährtInnen und der konfliktfreudige und selbstbewusste Diskurs über die Streckenführung und Reisegestaltung wird dabei wichtiger sein als eine einsam konzipierte Ausdauer und Tragkraft.

Literatur

Altern als Chance und Herausforderung. Bericht der gleichnamigen Kommission, im Auftrag der Landesregierung BaWü. Stuttgart 1988

Arnold, E.: Die Seniorengemeinschaft. Das Zukunftsmodell, in: Die Wohnungswirtschaft, 1992, H. 2, S. 66-71

Arns, A./Lamberjohann, A. (Hg.): "Drachenburg", "Migränestift" und "Lila Luftschloß". Frankfurter Frauenwohnungsbauinitiativen in den zwanziger Jahren und heute. Darmstadt 1994

Ausschreibung für ein Modellprogramm Seniorengemeinschaften in Baden-Württemberg (Ausschreibung), in: Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Frauen (Hg.): Selbsthilfe im Alter. Stuttgart 1991, S. 3-6

Bärsch, J. u.a.: Neue Trägerformen. Kommunale Beiträge zur Realisierung gemeinschaftlicher Wohnformen. Darmstadt 1990

Balke, K./Thiel, W. (Hg.): Jenseits des Helfens. Professionelle unterstützen Selbsthilfegruppen. Freiburg 1991

Boligrivsel i Centrum: Co-Housing for Senior Citizens in Europe. Copenhagen 1994

Brasse, B./Klingeisen, M./Schirmer, U. (Hg.): Alt sein - aber nicht allein. Neue Wohnkultur für Jung und Alt. Projektberichte, Erfahrungen, Impressionen. München 1992 (Anstiftung)

Brech, J. u.a.: Gegen Altenheime und andere Ghettos - Integriertes Wohnen. Darmstadt 1993

Bullinger, M. u.a.: Die Bürgerbüros. Bürgertreffpunkte und Projektgruppen. Zwischenbericht der Initiative 3. Lebensalter. Hgg. vom MAGS BaWü. Stuttgart 1995

Bundesministerium für Familie und Senioren (BMFuS): Betreutes Wohnen - Lebensqualität sichern. Tagungsdokumentation. Leipzig 1994

²⁶ Vgl. z.B. Stadtplanungsamt Tübingen (1994) sowie Feldtkeller (1994).

- Bura, J./Kayser, B.: Miteinander wohnen. Wohnprojekte für jung und alt in der BRD. Darmstadt 1992
- Cahn, E.S.: Service Credits: Eine neue Währung für den Wohlfahrtsstaat, in: Heinze, R.G./Offe, C. (Hg.), Formen der Eigenarbeit. Opladen 1990, S. 125-146
- Claussen, F./Sommer, L./Thomas, F.: Profile von Seniorenbüros in der Aufbauphase (Materialien zum Modellprogramm Seniorenbüro des BMFuS, Bd. 4). Köln 1994
- Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (DAG SHG): Selbsthilfegruppen-Unterstützung. Ein Orientierungsrahmen (1987), in: Müller, C.W. (Hg.), Selbsthilfe. Ein einführendes Lesebuch. Weinheim und Basel 1993, S. 194-201
- Engel, F./Sickendiek, U.: Sozialökologische Planungsberatung: Das Wohnaktiv Minden, in: Frank/Knüppel/Wilhelm (1991: S. 59-76)
- Feldtkeller, A.: Innovation durch Konversion. Planungen für ehemalige Militärareale in der Tübinger Südstadt, in: db. Fachzeitschrift für Architekten und Bauingeniere, 128. Jg., 1994, H. 6, S. 36-41
- Forum für gemeinschaftliches Wohnen im Alter e.V. (Forum): Neue Chancen für Gemeinschaftswohnprojekte von Jung und Alt. KDA-Thema Nr. 72. Ffm 1993
- Frank, K.W./Knüppel, H./Wilhelm, J. (Hg.): Soziale Altenarbeit im Stadtteil. Eine Problemskizze aus europäischer Sicht. Berlin 1991
- Hummel, K.: Neues Engagement im Alter, in: Evangelische Impulse, 13. Jg., 1991, H. 1, S. 21-23
- Kaufmann, M.: Die Altenberatung der Baugenossenschaft Freie Scholle eG, in: Frank/Knüppel/Wilhelm (1991: S. 90-95)
- Kuthe, Chr./Mermagen, W./Schepers, A.: Gemeinsam bauen, gemeinsam wohnen. Rechtliche und finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten für Gruppenprojekte im Wohnungsbau. Darmstadt 1993, 2.Aufl.
- Landtag BaWü: Bericht und Antrag des Untersuchungsausschusses "Menschenwürde und Selbstbestimmung im Alter". LT-Drs. Nr. 10/4300. Stuttgart 1990
- Leitgedanken zur Initiative drittes Lebensalter. Vv. Ms. Stuttgart 1993
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung (MAGS) BaWü: Seniorengenossenschaften als Beispiel bürgerschaftlichen Engagements. Eine Dokumentation. Stuttgart 1994
- Narr, H.: Einleitung, in: Forum (1993: S. 3-7)
- Otto, U.: Sozialintegration plus Dienstproduktion. Die Seniorengenossenschaft als altenspezifischer Innovationsversuch, in: ArchsozArb, 23. Jg., 1992, S. 112-135
- Otto, U.: Wir sind die Seniorengenossenschaften. Die Mitglieder und ihre Einstellungen - Ergebnisse einer Befragung, in: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung BaWü (Hg.), Initiative drittes Lebensalter. Älter werden in Europa, Seniorengenossenschaften, Zweite Landesideenbörse. Stuttgart 1992a, S. 216-253
- Otto, U.: Endbericht-Schwerpunkt: Empirische Erhebungen. Themenbereiche: Zeittausch, Ehrenamt, Bürgerengagement. Vv. Ms. Tübingen 1993
- Otto, U.: Seniorengenossenschaften. Modell künftiger Wohlfahrtspolitik? Opladen 1995 (zugleich Internet: <http://w210.ub.uni-tuebingen.de/dbt/volltexte/2006/2236/>)

Petersen, U.: Wie läßt sich ein Netz knüpfen? Fragen und Antworten zum Gruppenprozeß gemeinschaftlicher Wohnformen, in: Forum (1993, S. 8-27)

Rückert, W.: Betreutes Wohnen - Lebensqualität sichern. Bedeutung von Rechtsformen und Trägerschaften, in: BMFuS (1994: S. 13-15)

Saup, W.: Alter und Umwelt. Eine Einführung in die ökologische Gerontologie. Stuttgart u.a. 1993

Schepers, A.: Gemeinschaftliches Wohnen im Alter - wie läßt sich das finanzieren?, in: Forum (1993: S. 80-112)

Schubert, H.J.: Wohnsituation und Hilfenetze im Alter, in: ZGerontol, 23. Jg., 1990, S. 12-22

Selle, K.: Mit den Bewohnern die Stadt erneuern. Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere. Beobachtungen aus sechs Ländern. Dortmund/Darmstadt 1991

Sozialpädagogisches Institut Berlin (SPI): Anhang Bauliche Selbsthilfe. Die vom sozialpädagogischen Institut Berlin entwickelten Sanierungsverfahren, in: Reis, C./Braun - von der Brellie, J. (Hg.), Sicherung eines Grundrechts auf Wohnen. Ffm 1994, S. 215-225

Stadtplanungsamt Tübingen: Rahmenplan für den städtebaulichen Entwicklungsbereich "Stuttgarter Straße/Französisches Viertel". Tübingen 1994

Autorenangaben

Dr. Ulrich Otto war bis 2001 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Erziehungswissenschaft I der Universität Tübingen, Abteilung Sozialpädagogik. Er führte die wissenschaftliche Begleitung der ersten Projektphase des Modellprogramms Seniorenengossenschaften durch. Arbeitsschwerpunkte: Sozialpolitik, soziale Gerontologie, Selbsthilfe, freiwillige soziale Tätigkeiten. Seit 2001 ist er Professor für Sozialmanagement an der Universität Jena.